

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband, Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Vertheilung für 1892 unter Nr. 6462.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Postzeile oder deren Raum 40 Pf., für Berlin- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlags-Druckerei: Amt I, Nr. 4196.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 19. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

„Aehnliches.“

Aus Rand und Band sind die Stützen von Thron und Altar über die Veröffentlichung des prinziplichen Erlasses. Mühsam schwingt man sich zu einer platonischen Verurteilung der in den Ferienkolonien verübten Greuelthaten auf und hält im Uebrigen zähe an verrotteten, volksverwundenden Einrichtungen fest. „Wir sind zufrieden“, sagt Graf Caprivi, ihm nach echoet's der Chor der Konservativen, und jede Gewaltmaßregel dünkt Jenen recht, welche über den „groben Vertrauensbruch“ der Veröffentlichung sich entrüsten. Ueber einen „Vertrauensbruch“, welcher den Schleier von einer Schmach des Jahrhunderts fortreibt, Beifaden und Nähnadel der öffentlichen Erdtrücker wurde und den Militarismus in seines Wesens Wesenheit der Kritik preisgab.

Zu späßhaften Kapriolen flüchtet die „Konservative Korrespondenz“, das amtliche Organ der Rechten, um seinem Ingrimis über die Publikation Lust zu machen. Sie schreibt:

„Wie kann man jetzt... den Behörden zumuthen, zielbewusste „Genossen“ als Angestellte zu dulden, jetzt, wo Vertrauensbruch auf Vertrauensbruch, begangen durch Anhänger der Sozialdemokratie, bekannt wird, wo das sozialdemokratische Zentralorgan vertrauliche Erlasse veröffentlicht und bohrgreifend auf weitere in seinem „Archiv“ befindliche Aktenstücke hinweist? Wo ist früher bei uns in Deutschland Aehnliches jemals vorgekommen, und wer wird leugnen können, daß diese Erscheinung auf die demoralisierenden „Lehren“ der Sozialdemokratie zurückzuführen ist?“

Die Reaktion ist niemals heikel gewesen, wenn es darauf ankam, „Aehnliches“ zu praktizieren, zu Ruh und Frommen der Gewaltthäter, zum Schaden der Unterdrückten. Die Geschichte des schwarzen Kabinetts scheint der „Konservativen Korrespondenz“ ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Der berühmte preussische Diplomat aus der vorwärtigen Zeit, Generalpostmeister F. F. von Nagler, betrieb als Chef des preussischen Postwesens, wie sein 1869 veröffentlichter Briefwechsel bezeugt, das „Briefzerbrechungsmittel“ (S. I. S. 125) im größten Maßstabe. Opfermann in Saarbrücken, Landrath von Sparre in Wehlar u. s. w. waren für ihn thätig, die Depeschen und Privatbriefe auch der preussischen Gesandten wurden geöffnet und „verlustreicht“. Der berühmte Geschichtsschreiber Niebuhr beklagt sich über die „plump geöffneten Schreiben der geistlichen Behörden“ und über das „Briefzerbrechung-Komptoir zu Frankfurt a. M.“ Am 6. August 1842 erklärt Nagler: „An die albernsten Briefzerbrechungskommission habe ich mich nie angeschlossen und der dummen Bosheit dieser Art überlassen.“

Der „Konserv. Korresp.“ ist natürlich auch nichts von Rombst, dem Untergebenen Nagler's, bekannt, der während seiner amtlichen Thätigkeit sich Abschriften von wichtigen Aktenstücken verschafft und sie später publiziert hat („Authentische Aktenstücke aus den Archiven des Deutschen Bundes zur Aufklärung der hochverräterischen Umtriebe der deutschen Fürsten“ u. a. m.). Von ihm schreibt Nagler am 14. Juli 1835: „Eine saubere Befehrerung zum Beschluß“

meiner Gesandtschafts-Laufbahn. . . . Sie werden mir schreiben, aus welchen Akten der Dieb jedes Stück gestohlen hat. Ich wollte, er hätte manche aus Berlin mitgenommen. An Auslieferung (R. war nach Frankreich geflohen) ist nicht zu denken. Man sollte aber versuchen, den Buben in die Gewalt zu bekommen.“ Der unbehagliche Rombst kam auf räthselhafte Weise ums Leben, er verschwand auf einer Seereise im Jahre 1846 vom Schiff mitten in der Fahrt, ohne daß Jemand über sein Verbleiben Auskunft geben konnte.

Natürlich haben die edlen Herren noch nie etwas gehört von dem berühmten Potsdamer Depeschendiebstahl, natürlich wissen sie nicht, daß die Minister Friedrich Wilhelm IV., dem General von Gerlach und dem Kabinettsrath Niebuhr, den Vertrauten des Königs, durch Agenten die geheimsten Papiere durchstiebers ließen.

Und trotzdem ist die „Konservative Korrespondenz“ im Rechte, wenn sie revoltirt gegen die Preisgabe einer Urkunde, die den Korporalstock seiner Gloriole ein für alle Mal beraubt und die breiten Schichten der Nation mit heller Empörung erfüllt. Diese Wunde, welche dem heutigen Militarwesen geschlagen worden ist, wird nicht wieder heilen, der große Haufe der Gleichgiltigen ist zum Nachdenken angereizt, zur Bestimmung auf sich selbst gekommen.

Was die Werkzeuge der Regierungen, was die Gewaltthäter gethan haben und im gegebenen Augenblick wieder thun, ist gänzlich der Art nach verschieden von dem, was im Interesse des Volkes geschehen ist. Hier wie dort Aktenstücke dem Schreine der Archive, den Schränken der Kanzleien entzogen. Aber welches ist das Absehen hier und dort? Dort der Kampf gegen, hier der Kampf für das Volk, dort die Unterdrückung, hier die Befreiung, dort die kleinsten Häuflein und Schliche geriebener Diplomaten, hier der Wunsch und Wille, Dinge ans Licht zu ziehen, über die, ohne diesen „Vertrauensbruch“, Gras gewachsen wäre.

Ein Nothschrei tönt aus den Worten jenes Erlasses, und ein gewaltiger Schrei der Entrüstung antwortet darauf. Jedes Byzantinereich hat seinen Prolog und seine Geheimgeschichte. Und durch die Rippen und Fugen eines fortschrittsfeindlichen Systems dringt, scheinen sie auch noch so gut vermauert und gekittet, die Kunde dessen, was hinter den Kulissen geschieht.

Mit elementarer Kraft bricht sich die Wahrheit Bahn in ihrer Nothwehr gegen die Kunst des Vertuschens und Verschweigens. Und so gebührt dem Namenlosen, der jenen Erlaß der Oeffentlichkeit übermittelt, das Lorbeerzweig, mit welchem ohne Verdienst die Gewalt ihre Wortführer schmückt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Februar.

Der Reichstag schien in der heutigen Sitzung nachhohlen zu wollen, was durch die Debatten über die Soldatenmishandlungen in den letzten Tagen am Willigen ver-

füllt worden ist. Eine Position nach der anderen wurde, sozusagen im Lauffschritt, bewilligt, so daß als die Uhr 5 zeigte, die Hunderte von Millionen des Ordinariums des Militäretats fast debattelos unter Dach gebracht waren. Der Richter machte einen schwachen Versuch, 4 Millionen zu streichen, welche neu eingestellt sind, um die Mittel zu haben, daß in Zukunft jeder Mann in Reserve- oder Landwehrverhältnis je zu einer Uebung eingezogen werden kann. Die Majorität bewilligte aber die Summe und damit eine neue schwere Belastung für eine große Zahl von Bürgern und Familienvätern, welche fortan in fortgeschrittenen Jahren noch zu Uebungen mit allen ihren unangenehmen Folgen herangezogen werden.

Schmidt (Eberfeld) brachte die Konkurrenz, welche die Delonniehandwerker den Privathandwerkern teilweise machen, zur Sprache, was Herrn Biehl Gelegenheit gab, sich seinen Zuhörern, welche zum Handwerkerfest hier anwesend, den Reichstag besucht hatten, als parlamentarischer Redner zu zeigen. Ueber platte Redensarten kam aber der grobste Handwerkerführer auch bei der Gelegenheit nicht hinaus.

Eine für Hunderttausende unserer Mitbürger eventuell sehr wichtige Frage regte der Vertreter für Rassel an, indem er sich erkundigte, wie es im Falle eines Krieges mit dem Transport der Verwundeten aus der Feuerlinie und nach den Verbandspflügen bestellt sei. Der Redner wies auf den, seinerzeit auch von uns mitgetheilten Vortrag hin, den der berühmte Chirurg Professor Billroth in den österreichischen Delegationen gehalten und aus dem sich ergibt, daß das rauchlose Pulver und die neuen Gewehre eine vollständige Umwälzung der bis jetzt gekannten Verhältnisse im Gefolge haben werden.

Der Militärbevollmächtigte mußte zugeben, daß wir im nächsten Kriege mit sehr viel mehr Verwundungen werden rechnen müssen. Im Kriege 1870/71 hatten wir 14 pCt. Verwundete und Tote, für den nächsten Krieg rechnet die Militärverwaltung auf eine Steigerung bis zu 20 pCt. Also je der fünfte Mann hat die angenehme Aussicht, eine Kugel in den Leib zu bekommen. Dabei erklärte der Militärbevollmächtigte noch besonders, daß Geschosse, welche auf nahe Entfernung ihr Ziel treffen, eine explosive Wirkung haben, also einen Schädell vollständig zersprengen. Erst auf große Entfernungen bohren sich die Kugeln glatt durch. Nach dem Militärbevollmächtigten ergriff Virchow das Wort, um zu erklären, daß wir auf diesem Gebiete ganz im Dunkeln tappen und Niemand sagen kann, wie es im nächsten Kriege aussehen wird. Besonders betonte Virchow, daß die Zahl der Todten, infolge der Wirkung der neuen Geschosse, eine viel größere sein wird, als je in einem Kriege zuvor.

Die Ausführungen sämtlicher Redner zu diesem Punkte wurden mit großer Ruhe vom Hause angehört, und stand dasselbe erschüttert unter dem Eindrucke, daß es doch eine Ungehörlichkeit und ein Hohn auf unsere vielgepriesene Humanität und den angeblichen Kulturfortschritt sei, daß

Bildern und Tapeten sprechen, indeß der Regen noch durch das unbedachte und fensterlose Haus fällt, und Sie rathlos über die Frage dastehen lassen, wie Sie es bedachen und verschließen sollen! Ehe von irgend etwas Anderem die Rede sein kann, ehe man über den Ausbau politischer Institutionen zu diskutieren beginnt, muß dafür gesorgt sein, daß Jedermann im Staate ein menschenwürdiges Dasein führen und daß er seine ersten und heiligsten Menschenrechte besitzen und ausüben kann. Wer nicht damit anfängt, meine Herren, der ist Ihr Freund nicht, der ist kein Freund des Volkes überhaupt, der will Sie bloß zu Staffeln seines Ehrgeizes machen, dem können Sie nur gleichgiltig den Rücken wenden. Wer den Freund des Volkes spielt und als Advokat oder Kaufmann arme Leute wegen Unvermögens in Wechselarrest halten oder durch Ausspändung um das Letzte, was sie haben, bringen läßt, oder seine Weisheit hierzu aus Geschäftsücksichten gewährt, der, meine Herren, kann wohl nach den jetzigen Begriffen von Recht und Moral als ein ehrlicher Mann dastehen, aber als Freund des Volkes soll er sich nicht ausgeben können, ohne unser mitleidiges Lächeln zu erregen.

„Sehr wahr, sehr richtig!“ riefen viele Stimmen. „So ist es mit jeder Zeit als ein Widersinn vorgekommen, wenn ich von einem liberalen Fabrikanten hörte. Liberal? ja, liberal wie Herr Dr. Rasmann, wie Herr Dr. Benjamin, das mag sein, aber ein Freund des Volkes kann der nicht sein, der seine Arbeiter rücksichtslos ausbeutet, um reich zu werden. Dr. Rasmann und Dr. Benjamin sind für jeden Dienst bereit, der zum Vortheil, zur größeren Machtbefugniß der herrschenden Klassen dienen kann; das Geschäft bringt es so mit

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von H. Otto Walcker.

Ich wollte die verehrte Versammlung nur bitten, den Schluß der Debatte so lange abzulehnen, bis Herr Dr. Lange gesprochen. Im Uebrigen sind nur noch die Herren Rasmann, Benjamin und Luz zu hören, die wir ja Alle schon zur Genüge gehört haben.“

Die Versammlung trat diesem Vorschlage durch lauten Beifall bei.

„Es wird Herr Dr. Luz über den Schluß der Debatte sprechen, nein, nein, ich habe mich geirrt, Herr Dr. Benjamin hat sich gemeldet.“

„Meine Herren,“ rief Dr. Benjamin mit gewinnender Stimme, „es ist die Zeit gekommen, in welcher der fleißige Arbeiter nach Ruhe verlangt von schwerem Tagewerke; wir Alle haben noch viel auf dem Herzen, aber wir sind bereit, uns dem Beschlusse zu fügen, und so wird es wohl auch mit Herrn Dr. Lange der Fall sein. Also nehmen Sie den Antrag auf Schluß der Debatte an!“

Ich habe die Herren nunmehr zu fragen, ob sie mit dem Schluß der Debatte einverstanden sind? Wer dafür ist, erhebe die Hand! Mir scheint, daß die Mehrzahl für Schluß ist.“

Es war diese Behauptung des Dr. Rasmann eine äußerst lächerliche, denn kaum ein Viertel der Versammlung hatte die Hand erhoben.

„Gegenprobe! Gegenprobe!“ erscholl es von allen Seiten.

Dr. Rasmann schien aber nichts davon zu hören. „Gegenprobe! Gegenprobe!“ erwiderte es aber darauf mit drohendem Donnerstimm.

„Es wird von einigen Herren Gegenprobe verlangt, und ich kann mich dieser Aufgabe nicht entziehen, obwohl ich beim ersten Male recht gehen zu haben glaube. Also, wer gegen Schluß der Debatte ist, wird gebeten, die Hand zu erheben.“

Drei Viertel der Versammlung erhoben die Hände. Dr. Rasmann drehte sich um und sah die Komiteemitglieder an, welche die Augen niederschlugen; er sah Dr. Benjamin an, welcher die Achseln zuckte, und nun erst wendete er sich um, wenig ermutigt, und sprach mit gesenktem Tone:

„Der Antrag auf Schluß der Debatte ist abgelehnt, Herr Dr. Lange hat das Wort; aber ich erwarte von der Discretion des Herrn, daß er unsere Zeit nicht zu lange in Anspruch nimmt.“

„Ich werde“, rief Lange, nachdem er unter dem Beifall der Versammlung seinen Standpunkt eingenommen hatte, dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden nachzukommen suchen soweit nur irgend möglich. Was mich bewegen hat, hierher zu treten, ist hauptsächlich der Wunsch, Ihnen nachzuweisen, daß die Herren von der sogenannten „Fortschrittspartei“ oder den „Nationalliberalen“ eigentlich nur ein unwürdiges Spiel mit Ihnen treiben, indem sie Ihnen von

die erste Versammlung einer Kulturaktion sich stundenlang mit der Frage beschäftigen muß: Welche Folgen wird die nächste, mit allen Mitteln der Technik und der künstlichen Zerstörung geführte Massenschlächterei für die dabei beheiligten Millionen unserer Söhne, Brüder und Väter haben?

Der Militarismus auf der Angelegenheit. Noch heute steht die öffentliche Diskussion unter dem überwältigenden Eindruck, welchen die vom „Vorwärts“ bewirkte Publikation des Erlasses Herzog Georg's zu Sachsen hervorgerufen hat. Regierung, Parlament, Presse haben zu dem Kapitel der Soldatenmißhandlungen Stellung nehmen müssen. Ohne unser Eingreifen wäre die Friedhofsruhe nicht gestört worden. Jetzt aber bröckelt Stein für Stein aus dem Gefüge des Militarismus, und der Druck von Außen, der Vorstoß der Sozialdemokratie gegen die Mißwirtschaft in der Armee nöthigt die Regierungen, die im Staub der Registratorien vermodernden Erlasse gegen die Soldatenmißhandlungen herzuholen und zu veröffentlichen. Was sonst strenges Geheimniß, kommt an das Licht der Sonne. Wir veröffentlichen heute in der Beilage einen Erlaß, den der bayerische Kriegsminister amtlich publiziert hat. Er deckt sich im Großen und Ganzen mit dem Erlaß des Herzogs zu Sachsen, enthält aber sehr beachtenswerthe Einzelheiten und — wird, abgesehen von länglichen Notizen in der Presse, so gut wie ignoriert. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, den Wortlaut abzudrucken. Der Bourgeoisie graunt vor dem Andrang der Thatsachen. Wir riefen die Geister, und sie sollen auf dem heutigen System als Alp lasten, der ihm den Athem raubt. —

Der satte Konservatismus. In der heutigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses erklärte bei der Berathung des Eisenbahnetats der Junker von Puttkamer-Blauth in seiner Herzensangst über die Sachengängerei sich gegen jede Reduktion der Personen-Fahrtpreise, da im Interesse der Arbeiterbevölkerung schon genug gesehen sei. Man solle die Getreidetarife herabsetzen. Der Stock, die Kartoffeln und das Gebetbuch, sind das nicht Allheilmittel, welche von der lästigen, ach! wie lästigen Bewegung der „Krapüle“ die Herren Feudalen befreien! Und mit vollen Händen gebe man den aristokratischen Hungerleibern, die unter gesticktem, hypothekehschwerem Strohhalm ihr sorgenvolles Haupt zur Ruhe betten. Zölle, Schnapssteuer, Zuderprosite langen nicht mehr. —

Papst und Arbeiter. Auf die Ergebnissadresse der katholischen Arbeitervereine hat der Papst ein Antwortschreiben erlassen, in welchem er die Hoffnung ausdrückt, daß die Unternehmer den Arbeitern das in der von uns ihrer Zeit besprochenen Enzyklika „als nothwendig gekennzeichnet“ gewähren werden. Die moderne Entwicklung hält sich bei den utopisch-reaktionären Velleitäten des Papstthums nicht auf. Klassenstaat und Kirche bemühen sich ohne Erfolg, die Proletarier von heute zu gefügigen Hörigen zu machen. —

Ministerkrankheit in Sicht? Der Nachfolger Puttkamer's hat, nach der „Allgemeinen Zeitung“, das obligate Leiden, das vor dem Abgang die Minister zu quälen pflegt. Diesmal ist's eine Nervenkrankheit, von der bis zu diesem Augenblick Niemand nichts gewußt hat. Mit dem Fortfall des Portefeuilles tritt sofortige Heilung ein. Herrfurth's Nachfolger soll der Kultusminister Graf Redlig werden. Uns kann es gleich sein, welcher Polizeiminister am Ruder ist, so lange der Kurs der alte bleibt, was die Anerkennung nicht ausschließt, daß der Bureaokrat Herrfurth von den junkerlichen Gepflogenheiten seines Vorgängers sich freigehalten hat. —

Also doch! Die deutsche Regierung hat gegen die Ausweisung des deutschen Zeitungskorrespondenten beim sibirischen Ministerium reklamiert lassen. Es ist erfreulich, daß sie energisch auftritt. Aber böses Beispiel verdirbt gute Sitten: in Deutschland ist das Ausweisen „lästiger“ Zeitungsschreiber nichts Unbekanntes.

Schießfreiheit. Das Recht des Wachtpostens, von seiner Schießwaffe Gebrauch zu machen, ganz gleich ob der Anlaß dies rechtfertigt, oder ob Unschuldige dabei zur Strecke gebracht werden, ist heilig. So sagt Caprioli, so Generalmajor v. Gopler, und die sabenscheinigsten Gründe müssen

gehalten um dies Stück Barbarei zu rechtfertigen. Herr v. Gopler berief sich u. a. auch darauf, daß auch auf Wachtposten geschossen worden sei und nahm auf einen Vorfall in Mainz Bezug. Es wird nun in der „Frankfurter Zeitung“ festgestellt, daß der betreffende Posten sich außerhalb der Stadt befand, nämlich am Fort Philipp. Im Wesentlichen aber handelt es sich darum, daß wenigstens innerhalb der Stadt Sicherheit geboten wird. Es ist auch zu bedauern, daß Herr v. Gopler keine Kenntniß davon besitzt, daß in Mainz vor Jahren einmal zwei Personen durch die Schüsse einer Wache, welche auf einen ihr entspringenden Mann feuerte, schwer verletzt wurden. Die Wunden des Einen waren so gefährlicher Art, daß er bald starb; der Andere hatte ein längeres Krankenzimmer zu bestehen. Beide waren vollkommen unschuldig; sie passirten nur zufällig den Weg, welchen gleichzeitig auch die Kugeln wählten. —

An den Pranger! Mit welcher Unverschämtheit die Unternehmer die gesetzlichen Vorschriften verletzen und die mißliebigen Arbeiter ächten, zeigt folgendes Zeugniß, das ein Herr Oskar Schaller in Schwarzenbach a. S. einem bei ihm beschäftigt gewesenen Maler ausgestellt hat. Es lautet: „Inhaber dieses, Herr Adam Lang, war bei uns seit 12. Oktober als Maler thätig. Auf besonderen Wunsch und mit Rücksicht auf § 113 der Gewerbe-Ordnung fügte wir bei, daß sein Betragen während dieser Zeit Anlaß zu einem Tadel nicht gab, daß er jedoch am 25. November im Verein mit 17 anderen Malern die Arbeit ohne Kündigung niederlegte und seit dieser Zeit als Vorsitzender des Streik-Komitees fungirte. Oskar Schaller u. Co., Porzellanfabrik und Malerei, Vogelsang Schwarzenbach a. S. Der Bürgermeister Raetzel.“ Dem frivolen Kapitalisten bescheinigt die Behörde die Richtigkeit des Urtheils. So werden die Proletarier gedrückt zur Einsicht von ihrer „Gleichberechtigung“. —

Auf Kommando. Ein langjähriges Mitglied der Zentrumsparthei, der in Berlin weiten Kreisen bekannte Geistliche Rath Müller, hat Krankheits halber sein Mandat niedergelegt und zeigt dies in einem Brief an seine Wähler an, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Ihr habt mich, den persönlich nicht bekannten, gewählt; $\frac{2}{3}$ der Wahlstimmen auf eine Sucht nur dem Namen nach bekannte Persönlichkeit vereinigt.“ —

Es waren schlesische Wähler (Kreis Pleß), die diese Probe blinden Gehorsams tapfer bestanden und seit zwanzig Jahren bei jeder Wahl unbesehen den ihnen vom Zentrum aufgetragenen Kandidaten hinnehmen, das Sprichwort verfassend: man soll die Rüge nicht im Saal laufen. Nun — dieser Kadaver-Gehorsam der Zentrumswähler fängt glücklicherweise an, ins Wanken zu kommen. Was übrigens den Geistlichen Rath Müller betrifft, so ist derselbe ein höchst achtungswerther Herr und uns persönlich bekannt seit dem Jahre 1865, wo er das Kind des Herrn von Hoffstetten, Gründers des „Sozialdemokrat“, taufte. Unter den Taufzeugen war Herr von Schweitzer. —

Politische Fälschmügerei. Die Geschichtsfälschung war zu allen Zeiten an der Mode, zu keiner Zeit aber ist sie so systematisch und so schamlos betrieben worden, wie in den letzten 30 Jahren — seit Anbruch der Ära Bismarck, die selber nur eine große Geschichtsfälschung ist. Alles, was über die Thätigkeit Bismarck's auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik, namentlich was über die von ihm in Szene gesetzten Kriege mit Dänemark, Oesterreich und Frankreich, und über die Gründung des Deutschen Reiches als geschichtliche Wahrheit kursirt, ist Fälschung von A bis Z. Ein recht naiv-unverschämtes Stück solcher Fälschung begegnet uns in der heutigen „Kreuz-Zeitung“, die sich, in ihrem tragikomischen Stoffmangel zur Umwechslung einmal einen Leitartikel über den Krieg von 1866 leistet („Der Fester Lloyd und General-Feldmarschall Moltke“). Gegenüber den Bemerkungen des „Fester Lloyd“, daß der Moltke'sche Feldzugsplan 1866 elend in die Brüche gegangen wäre, wenn Benedek genug Truppen und genug Zeit zu Vorbereitungen gehabt hätte, schreibt die „Kreuz-Zeitung“ mit rührender Anschuldung:

„In Preußen konnte man Anfangs Juni nicht wissen, daß die Rüstungen Oesterreichs und Süd-Deutschlands, trotz des bedeutenden politischen Vorsprungs, dessen die Gegner

sich erfreuten, so langsam vorwärts kommen würden. Man konnte ferner darauf keine Rechnung bastiren, daß statt der 120 000, welche schon den Verträgen gemäß das Bundeskontingent im Juni aufstellen mußte, und am Malin versammelt wurde, erst Ende jenes Monats zwei räumlich getrennte, nur halb gerüstete Korps à 40 000 auf dem Feld erscheinen würden“ u. s. w. In Preußen konnte man das nicht wissen? Aber man mußte es. Weder Oesterreich noch Süd- und Mitteldeutschland dachten an Krieg. Der einzige, der Bismarck durchschaute, war der Sachse Bismarck, und ihm glaubte man nicht in Wien. Der Krieg war von Bismarck langer Hand vorbereitet, die Oesterreicher, denen von Bismarck die Italiener auf den Hals gehetzt wurden, konnten den Gedanken nicht fassen, daß der preussische Bundesbruder sie überfallen würde — und als es doch geschah, da war es zu spät. Der Gelehrte der „Kreuz-Zeitung“ weiß das so gut wie wir — und er sollte doch einsehen, daß es unklug ist, mit der geschichtlichen Wahrheit allzu frech und plump umzuspringen. Oder will er leugnen, daß der 1866 er Krieg Jahre lang von Bismarck geplant und vorbereitet war? Die preussische Schul-Legende jenes Krieges bedeckt so unanbere, so schmachvolle Dinge, daß es sicherlich nicht im Interesse der „Kreuz-Zeitung's“ Leute ist, die Kritik herauszufordern. —

Klein-Rußland. Die Regierung von Schwarzburg-Sonderhausen hat den beiden in Sonderhausen erscheinenden Zeitungen die Aufforderung zugehen lassen, Berichte über Landtags-Verhandlungen nicht, oder zum Mindesten nicht ausführlich zu bringen. Das Spaghaste bei diesem Ufate ist, daß das eine Blatt das amtliche Nachrichtenblatt, das andere, der vom Hofrath und Kriegerverein-Chef Dinkelberg redigirte „Deutsche“, gleichfalls waschechtes Regierungsorgan ist. Das Ernstspaghaste bei diesem Vorgehen der thüringischen Kleinstaatsregierung ist der rückwärtslose Eingriff in die Verfassung. Die Zeiten, in denen Durchläuchting seine getreuen Unterthanen mit Stockschlägen und Theateraufführungen abwechselnd regalarie, gehören längst der Vergangenheit an. Der Sozialdemokrat Vock ist 1890 in Sonderhausen in die Stichwahl gekommen, und die Residenz lieferte geradezu erlautliche Stimmzettel für den Arbeiterkandidaten. Solche geschwindige Zensurmaßregeln treiben den Keil nur noch tiefer in den morschen Stamm. Und 1895 kann er stürzen über Nacht. Unsere Genossen in der schwarzburgischen Oberherrschaft wissen zu agitiren. —

Und England. Das englische Unterhaus wird, der Verfassung gemäß, auf sieben Jahre gewählt; in diesem Jahrhundert ist es aber noch nicht vorgekommen, daß ein Unterhaus des natürlichen Todes gestorben wäre. Und es gilt als ein „ungeschriebenes Gesetz“, daß die Regierung spätestens während oder nach der sechsten Jahres-Session das Unterhaus auflöst. Das gegenwärtige Unterhaus hat sein Mandat bis zum Sommer des nächsten Jahres; es hat jetzt seine sechste Session begonnen und könnte verfassungsgemäß noch eine siebente haben, wenn die Regierung sich nicht zu einer Auflösung entschließt. Wird sie dies thun? Oder hat sie es schon gethan? Wird sie auflösen? Wann wird sie auflösen? Das sind die Fragen, welche jetzt in den politischen Kreisen Englands gestellt werden. Die Regierung, welche durch das Recht der Auflösung einen bedeutenden Einfluß auf die Neuwahlen ausübt, weil sie den ihr passenden Moment willkürlich bestimmen und die Oppositionsparteien überraschen kann, hält sich natürlich in Schweigen. Ihr Organ, der „Standard“, schrieb dieser Tage, die Minister dächten nicht an Auflösen — sie hätten gar keinen Grund. In Oppositionskreisen betrachtet man dies jedoch als eine Finte, und glaubt, die Regierung huldige dem Talleyrand'schen Wort: die Sprache sei nur dazu da, um die Gedanken zu verbergen, und wolle bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auflösen. Das dürfte wohl auch der Fall sein. —

Für das Asylrecht! Die Geschäftsleitung der schweizerischen Sozialdemokratie hat einstimmig beschlossen, das Referendum gegen das Auslieferungsgesetz zu ergreifen. Die Arbeiter halten gute Wacht gegen die gemeinschaftlichen Strebungen des Bürgerthums. —

Sand statt Brot. Das französische Volk stimmt nicht ein in die Hosiannarufe, mit denen der französische

sich. Sollten Sie außerdem auch Freunde des Volkes sein können? O ja, so weit es ihr Interesse erlaubt. Ich sehe dort unter den Komiteemitgliedern Herrn Möbelfabrikanten Kollfuß, dessen ältester Arbeiter sich kürzlich das Leben nahm, weil er nach dreißigjähriger Thätigkeit im Kollfuß'schen Geschäft, durch welche sein Prinzipal nach oberflächlicher Schätzung 3000 Thaler profitirt hat, ohne Zuficherung eines Nothpennings entlassen wurde deswegen, weil er sich erkrankt hatte, auf vierzehn Tage krank zu werden und der Herr Prinzipal schon längst auf die Gelegenheit gewartet hatte, ihn durch eine jüngere Arbeitskraft zu ersetzen. Herr Kollfuß ist auch Volksmann und Fortschrittmann, und nationalliberal, kämpft für Einigung der Nation und für eine Nationalflotte!

Ein ungeheures Weisfallgeschrei unterbrach hier den Redner auf einige Minuten.

„Ich könnte Ihnen“, fuhr Dr. Lange fort, „aus den Reihen der Herren Fortschrittmänner noch viele ähnliche Exemplare herausnehmen, ich will aber nicht weiter persönlich werden. Wenn ich durch die engen Straßen der Vorstadt schreite, in der unsere Arbeiterbevölkerung ihren Hauptstich aufgeschlagen, sehe ich die Kinder in Lumpen gehüllt und schmutzig herumliegen, während die Eltern auf Arbeit sind; sehe da ein armes, abgezeichnetes Weib in hochschwangere Zustände mühsam die nothwendigsten Lebensbedürfnisse herbeischaffen; sehe eine schwache Mädchengestalt, zusammengedrückt unter der Last eines Holztorbes, einerschwanen, nachdem sie dieselbe schon, wer weiß wie viele, Stunden weit herbeigeschleppt; sehe ein altes Weib, dem der Tod im Nacken sitzt, mühsam einen Karren durch den Kot ziehend, in welchem sie Kohlen für andere Menschen bringt, während sie doch des Abends auf ihrem Nachtlager vor Kälte schauert. Zu welchem Fenster ich im Viertel der Armen hineinschaue, sehe ich Kummer und Elend, Noth und Sorge, Krankheit und frühen Tod. Und doch ziehen mit dem Morgenstrahlen die Schaaren aus jenen Straßen, welche den Wohlstand des Reichthums schaffen, den Staat erhalten und den Nationalreichtum vermehren!“

„Ja wohl, ja wohl,“ rief es aus der Menge.

„Und wenn man sich nur sagen könnte als leidigen Trost,

daß es nicht anders sein kann, daß die Güter der Erde zu beschränkt und der Menschen zu viele seien. Aber es hat noch nie an einer überreichlichen Fülle von Lebensmitteln gefehlt. Warum soll der Arme so schwer um's Brot sorgen? Der Tag und die Kienspäne, das Del und der Thran, mit denen die Leute ihre Wohnungen erhellten, genügen in ihrer beschaffbaren Menge nicht mehr dem stetig sich steigenden Bedürfnisse; da kam die Wissenschaft und brachte Photogen, Leuchtgas, Solaröl oder Petroleum, in unendlicher, unerhöplicher Fülle! Warum sollte da der Arme so schwer um Beleuchtungsmittel sorgen müssen? Und woher kommt es, daß der Arbeiter, der Alles schafft, nur unter schweren Leiden und Sorgen die nothwendigsten Lebensbedürfnisse eintauschen kann? Einzig deswegen, weil das Kapital ihn in einem endlosen System von Besteuerung erhält. Der Fabrikant nimmt ihm von dem, was er erarbeitet, den eigentlichen Gewinn und läßt ihm nur den unentbehrlichsten Arbeitslohn zukommen. Mit diesem geht er kaufen und steuert dabei wieder: er steuert dem Kaufmann, indem er dessen Geschäftsgewinn bei jedem Einkauf vergrößert und dessen Gewerbesteuer mitbezahlt. Denn die Kaufleute werden wohlhabend und mit der Zeit reich, wenn sie geschickt zu arbeiten wissen. Der Arbeiter bezahlt den Gewinn des Bäckers und Fleischers und ihre Steuern, dem Brauereibesitzer und dem Brauer ist er tributpflichtig; er bezahlt in zwanzig Jahren ganz vollständig seine Wohnräume, aber sie werden dadurch nicht sein Eigentum, sondern er beginnt nach diesen zwanzig Jahren wieder zu bezahlen, und seine Kinder und Enkel bezahlen sie immer von Neuem. Und an wie Vielem geht der Arbeiter vorbei, was er braucht, was in hinreichender Menge vorhanden ist, was er aber nicht haben kann, weil er außer Stande ist, seine eigenen Produkte zusammen mit der Steuer, die das Kapital darauf gelegt hat, zu bezahlen. Der Maurer, der Zimmermann baut Paläste, er selbst zieht in eine feuchte Kellerwohnung oder in eine schlecht verwahrte Dachstube, und muß froh sein, wenn er sich darin erhalten kann, wenn er nicht an die Luft gesetzt wird. Der Weber webt das Tuch jahraus, jahrein, und geht häufig in Lumpen; der Bergmann hebt das Gold und Silber an

Tageslicht und sucht dann die wenigen Kupferdreier zusammen, um für die Seinen Brot zu kaufen; er schafft Riesenhäufen von Kohlen heraus, indessen seine Frau in stundenweiter Entfernung das Keißig zusammensucht; das Eisen, was er fördert, dient häufig nur zu seiner Kette. Tausende von Spizen und anderen Luxusartikeln gehen aus der Hand des fleißigen Arbeiters hervor, sie zeigen am Schaufenster die Begierden seiner Töchter, die sie oft nicht anders zu erwerben, sich anzuweihen vermögen, als indem sie ihren bisher keuschen Leib den Begierden des reichen Wohlstandes opfern. Das ist das Bild des Lebens, meine Herren, das ewige Klagebild des Volkes, und wenn Sie eine Flotte von tausend Segeln schaffen, ist sie nicht im Stande, das ganze Weh über den weiten Ocean zu fahren.“

Der Beifall des Publikums nahm zu in demselben Grade, wie die Verzweiflung des Komitees, dessen einzelne Mitglieder sich theilweise stillschweigend zu entfernen begannen. Der junge Schriftsteller aber fuhr nach kurzer Pause fort:

„Ich komme zum Schluß, denn die Herren Liberalen werden sich nach dem Abendessen sehnen. Und um Alles zu sagen, was hier noch gesagt werden könnte, würde ich bis zum nächsten Morgen zu sprechen haben. Ich will daher jetzt mit einer Warnung schließen: Sie irren, meine Herren, wenn Sie glauben, daß die sogenannten Liberalen und Fortschrittmänner Ihre Freunde und Führer sind. Nach dem die Bourgeoisie auf materiellem Wege durch den Geldsack zur Herrschaft gekommen, will sie auch die staatliche Macht an sich ziehen, sie den Händen der Fürsten, des Adels und deren Anhänger entreißen. Um das zu ermöglichen, haben sie sich seit langer Zeit bemüht, die große Masse des Volkes für sich zu gewinnen, und zwar dadurch, daß sie dem Volke eine Anzahl von Freiheits- und Glücksgütern vorpiegelten, von denen man kaum begreifen kann, daß sie im Stande waren, dem Volke Begeisterung zu erwecken und um welche das Volk zu betrogen diese liberalen Bourgeoisie von vornherein entschlossen war.“

(Fortsetzung folgt.)

Chauvinismus den Jovinismus begrüßt. Aber Geschäft bleibt Geschäft, auch bei Herrn Chauvin. Das Hans Dreijus, das in Südrussland Nebenstellen hat, bemogelte bei Getreidelieferungen nach Rußland die Nothleidenden: es lieferte 2000 Waggons Getreide, von dem 1/3, in einem Falle sogar 2/3, aus dem giftigen Mutterkorn, Sand und sonstigem Unrath bestand. Monsieur Dreijus ist Musterbürger, Ritter der Ehrenlegion, vielfacher Millionär, und für die gekränkte Unschuld des Beträhgers brach sofort der Minister des Auswärtigen, Herr Ribot, eine Lanze, fiel aber in Petersburg, wo die einheimischen Gauner das Vortrecht haben, das Volk zu scheeren, kläglich ab. —

Gegen die französischen Brotvertheurer! Von Lyon aus ist ein Aufruf an alle Arbeiter Frankreichs erlassen worden, am 6. März zu Gunsten der sofortigen Befreiung der Lebensmittelmittel zu demonstrieren. —

Staatsbankrott und Arbeiterung. Als die Arbeiter des Lissaboner Marine-Arsenals dieser Tage eine Lohnerhöhung forderten, schickte die portugiesische Regierung im Vollgefühl ihrer Bankbrüchigkeit Polizisten, welche nach Herzenslust Verhaftungen vornahmen. Dafür bewilligte die Deputiertenkammer die Erhöhung der Steuern. Auch ein Ausgleich der Interessen! —

Vom edlen Milan. Ein Vertreter des Gottesgnadenthums, der Serbenkönig a. D. Milan, hat bekanntlich seine serbische Staatsangehörigkeit aufgegeben und bewirbt sich um die Aufnahme in den russischen Unterthanenverband. Natürlich springt für den gekrönten Schuldenmacher und Bankrotteur ein zarischer Gnadenfold heraus. In Oesterreich war nichts mehr für ihn zu holen, jetzt pumpt er Alexander III. an. —

Italienisches. Der italienische Sozialdemokrat Cavallotti ist mit einer Anzahl anderer Abgeordneter ins Regierungslager abgeschwenkt. Wie hoch der Kaufpreis gewesen ist, wird sich bald zeigen. Für die Schacherpolitik der verlotterten Bourgeoisie ist die Befinnung eine marktgängige Waare. Die massenistischen Republikaner haben ihren früheren Gesinnungsgenossen ausgepuffen: dies steigert bei den Käufern nur die Wertschätzung des Erkaufenen. — Die römischen Arbeiter haben die schamlose Beschimpfung Nicotera's, des südlischen Puttmachers, sie seien arbeitsfaules „Gesindel“, mit stürmischer Entrüstung zurückgewiesen und ein vernichtendes Urtheil über das volksfreundliche Verhalten der Regierung gefällt.

Hungernoth in Indien. Die Lage in den nothleidenden Bezirken Britisch-Indiens wird immer betrübender. Die Hindus verhungern, und in verschiedenen Distrikten sieht eine Misere bevor. Auf den Eingeborenen lastet der Druck der englischen Verwaltung, der heimischen und britischen Grundbesitzer, und eine ohne Arbeiterschutz schamlos ausbeutende Fabrikindustrie. —

Parteinachrichten.

Aus der sozialdemokratischen Presse.
„Hamburger Echo“: Die Sozialistenfurcht beherrscht ohne Zweifel bei den „oberen Zehntausend“, aber sie ist nicht das, was sie scheint. Es ist nicht die Furcht vor den Führern und Agitatoren der Sozialdemokratie, vor ihren Rednern und Schriftstellern, denn das weiß Jedermann, daß diese Männer über keine äußeren Machtmittel verfügen und daß sie auch nicht entfernt daran denken können, mit dem bis an die Zähne bewaffneten Militärstaat anzukommen. Nein, die Furcht der „oberen Zehntausend“, die sich in der letzten Sozialistenkammerdebatte des Reichstages so deutlich kundgegeben hat, kommt daher, daß man in allen Kreisen die beginnende oder schon ein gutes Stück vorgeschrittene Zerbröckelung der kapitalistischen Gesellschaft fühlt. Die Bankrotte und Verbrechen der letzten Monate, die Woflegung einer tief eingestrichelten Korruption, der durch Gerichtsverhandlungen bewirkte Blick in die Tiefen der Gesellschaft mit ihrem schredlichen Bodensatz — das Alles ist nicht ohne Rückwirkung geblieben. Häulnis und Mordlust überall, mitten in dieser modernen Gesellschaft! ... Dieser Prozeß ist es, der die „oberen Zehntausend“ in Furcht und Zorn versetzt. Aber an wem sollen sie ihren Zorn auslassen? Ein gesellschaftlicher Prozeß ist kein Wesen, das man mit der Polizei verfolgen und vor Gericht schleppen kann. Aber da sind ja die Sozialdemokraten; diese haben seit Jahrzehnten auf den Abgrund hingewiesen, an dem wir wandeln; sie haben der Heuchelei der Schleier abgerissen und haben die Eiterbeulen des gesellschaftlichen Körpers bloßgelegt. Das ist nicht angenehm für diejenigen Klassen, die ihre Vorrechte nur auf einem Untergrund von Glend und Armut aufrecht erhalten können. Und was geschieht? Was immer in solchen Fällen seitens der Kurzsichtigkeit und des beschränkten Klaffen vorurtheils geschieht: Die Sozialdemokraten werden beschuldigt durch ihre „Doxereten“ die Gesellschaft und den Staat zu untergraben; man dichtet ihnen die schier überirdische Macht an, das bewirkt zu haben, was die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte bewirkt hat. Und darum hat man Sehnsucht nach dem untergegangenen Sozialistengesetz, darum ruft man nach Verschärfung des Strafsystems, nach Beschränkungen der Pressefreiheit und des Vereinsrechts, welche schonen Güter wir ohnedies nur noch fragmentarisch besitzen. ... In der That, die Leute, die immer in das Land und in die Ohren der regierenden Staatsmänner hineinschreien, sie möchten ihren Polizei-Apparat auf die Sozialdemokratie loslassen — sie gleichen dem Kapitän, der den Sturmvogel erschossen hat. Und wenn alle die kapitalistischen Abgeordneten, Redner, Schriftsteller und Agitatoren lahm gelegt, wenn alle sozialistischen Blätter und Vereine verschwinden würden, so würde dadurch der gesellschaftliche Prozeß nicht um eine einzige Minute aufgehalten, denn die Räder der Maschinen müssen sich doch weiter drehen, wenn die „oberen Zehntausend“ existieren wollen. Daß die Sozialdemokratie die Häulnis, die Zerbröckelung, den Zerfall des Kapitalismus erkennt und daß sie dies sagt, das ist ihr Verbrechen. Die Furcht der „oberen Zehntausend“ kommt daher, daß man, wenn man es auch nicht zugeht, denn doch meint, die Sozialdemokratie könne mit dem, was sie sagt, Recht behalten. Aber warum bemüht man sich nicht, die Sozialdemokratie durch die That, durch ernsthafte Reformen, zu widerlegen? Ja, wenn man das Zeug und — die Selbstverleugnung dazu hätte!

Proletariat aus dem Culengebirge (Langenbielau). Der preussische Schulgesetz Entwurf wird Geseh werden, ob in etwas mehr blässlicher oder schwarzer Schattierung, kommt auf eins hinaus. Jedenfalls leben seine Erzeuger und Gebärhelfer in der Hoffnung, damit der Volk- und Meinungsfreiheit die Schwungfedern austreiben zu können; vergebliches Bemühen! Mit mehr Aussicht auf Erfolg könnte man es vielleicht unternehmen, den Schneesturm unserer Berge in Säcken jangen und auf gelegeneren Zeiten aufsparen zu wollen. Die wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit geben dem Streit der Geister ihr Gepräge und heißen gediehrten Lösung. Diese kann durch Rückwärts- und Reimlung wohl erschwert, aber nicht verhindert werden. Der Staatsmann, der dies bearbeite, würde sich ein unvergänglich

Ahnungsdenkmal setzen; daß dies aber von Oben geschehen wird, glauben wir nicht, dazu ist die Kurzsichtigkeit unserer jetzt machgebenden Kreise zu groß und es kann eben auch Niemand aus seiner Haut heraus. —

Zur Waisfeier. Das Halle'sche Gewerkschaftsartell hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Vorbereitungen zur Waisfeier von der in einer Volksversammlung hierzu gewählten Kommission besorgt werden.

Die obereschlesische Parteikonferenz, welche am 14. Februar in Neustadt über die Schaffung einer wirksamen Agitation in Oberschlesien verhandelte, war von 21 Delegirten aus 18 Orten besucht und beschloß die Herausgabe eines Flugblatts in deutscher Sprache, das den Verhältnissen Oberschlesiens angepaßt ist. Von der Herausgabe des Flugblatts in polnischer Sprache stand man vorläufig ab, nachdem ein polnischer Delegirter erklärt hatte, ein großer Theil seiner Landsleute sei der Schriftsprache nicht mächtig.

Auf dem sozialdemokratischen Kreisstag für die Mansfelder Bezirke, zu welchem am 14. Februar 17 Delegirte aus 9 Orten in Gisleben erschienen waren, wurde konstatiert, daß unserer Partei die am 31. Mai v. J. gegen Sozialdemokraten verübten Brutalitäten einen mächtigen Aufschwung gebracht haben, wenn auch — wie es bei dem Druck seitens der dortigen Unternehmer nur natürlich ist — die meisten Genossen es nicht wagen dürfen, sich öffentlich als Sozialdemokraten zu bekennen. Der Kreisstag beschloß die Einführung des Markensystems, ernannte eine Agitationskommission und wählte an Stelle des „Zeiter Volksboten“ das Halle'sche „Volksblatt“ mit 16 gegen 1 Stimme zum offiziellen Organ des Kreises. Dieser Wechsel hat lediglich darin seine Ursache, daß die Verbindung mit Halle bequemer ist, als diejenige mit Zeitz, und Gisleben mit seinen sozialen Beziehungen mehr nach Halle neigt, als nach Zeitz. Bei dieser Angelegenheit geschah auch des befreimüthigen Umfandes Erwähnung, daß einigen ländlichen Parteigenossen seitens der Postverwaltung die Annahme des Abonnements auf das „Volksblatt“ verweigert worden sein soll.

Zur Parteikonferenz des 1. pfälzischen Wahlkreises hatten sich am 14. Februar 207 Genossen aus 24 Orten in Rutterstadt eingefunden. Die Berichterstattung über den Gang unserer Bewegung ergab, daß dieselbe die erfreulichsten Fortschritte macht. Die Gegner bedienen sich, wie überall so auch in jenem Kreise, der bekannten Mittel, um uns zu bekämpfen: Maßregelung der Genossen, Verächtlichmachung unserer Sache, Schmälerung der Rechte der Arbeiter. Um jedoch als möglich eine pfälzische Ausgabe des Partei-Organs (Mannheimer „Volksstimme“) einzurichten zu können, wurde die Errichtung eines Preisfonds vorgeschlagen. Die Beschlußfassung darüber bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten. Der vor einiger Zeit im „Vorwärts“ mitgetheilte Wunsch des Genossen Paul in Hannover, die Parteileitung möge eine Broschüre herausgeben, in welcher die verschiedenen deutschen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht nebst den einschlägigen behördlichen und gerichtlichen Entscheidungen übersichtlich zusammengefaßt sind, damit die Genossen sich daraus Rath erholen können, fand wärmste Befürwortung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Genosse Grimpe wurde als f. Z. verantwortlicher Redakteur der „Eiberfelder Freien Presse“ zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er den Bürgermeister von Weibert durch einen Artikel beleidigt haben soll, in welchem die Saalabtreiber zc. kritisch besprochen worden war.

— In Straßburg i. G. wurde eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen nicht erlaubt, weil der Referent Knoop aus Frankfurt, welcher über die wirtschaftliche Lage und das Vereinsrecht sprechen sollte, der Frankfurter Polizei als notorischer Sozialdemokrat bekannt sei.

— In einer Leipziger Buchdrucker-Versammlung wurde dem Reichstags-Abgeordneten Bod das Wort entzogen, als er in seinem Referate über den Buchdruckerstreit erklärte, daß in den wirtschaftlichen Kämpfen der Staat, die Polizei und andere Behörden auf Seite des Unternehmertums ständen. Als wenn dafür nicht genug Beispiele vorlägen!

— In der Hugsburger Volks-Buchhandlung wurden die noch vorhandenen Exemplare der 7. Auflage von Corvin's „Pfaßenspiegel“ konfiszirt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 18. Februar, Nachmittags 5 Uhr.

Der Stadtverordnete Morche ist gestorben. Die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sigen.

Die Vorlage betreffend die Veräußerung eines seit 1871 eingegangenen Theils der Lorstraße wird nach dem Ausschusshatrag angenommen.

Der für die Vorberathung des Antrags Singer und der Magistratsvorlage betr. die Regelung der Sonntagsruhe in Handelsgewerbe niedergesetzter Ausschuss hat mit überwiegender Mehrheit den Antrag Singer abgelehnt und empfiehlt der Versammlung, von der Magistratsvorlage lediglich Kenntniz zu nehmen.

Der Magistrat hat bekanntlich sich dem mit 20 gegen 1 Stimme gefassten Beschlusse der Gewerbe-Deputation angeschlossen, wonach von der gesetzlichen Berechtigung der Gemeinde, durch Ortsstatut die Beschäftigung an Sonntagen über die Gesetzbestimmungen (§ 105 B. Abz. 2 der Reichs-Gewerbeordnung) hinaus weiter einzuschränken, kein Gebrauch gemacht werden soll.

Der Antrag Singer dagegen hatte eine Beschlußfassung dahin vorgeschlagen, daß durch Ortsstatut die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in Bank- und Großgeschäften ganz untersagt, im Detailhandel und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden mit der Maßgabe beschränkt wird, daß die Beschäftigung um 10 Uhr Vormittags beendet sein muß.

Der Kommission waren auch acht Petitionen überwiesen, von denen sieben Vereingigte Ortsvereine Berlin I-V des Vereins der deutschen Kaufleute, Vorstand der Freien Vereinigung der Kaufleute, Verein deutsch-reisender Handlungsgehilfen Berlin zweimal, Hermann Schlegler, Klosterstr. 25, Verband der Geschäftsdienner, Pader und Vereinsgenossen, Ambach, Schützenstraße 54 sich für den Antrag Singer aussprechen, während der Verein selbständiger Konditionen Berlin beantragt, beim etwaigen Erlaß eines solchen Ortsstatuts dieses Gewerbe vollständig auszuschließen.

Stadt. Langerhans beantragt vor Erstattung des Referats die Vertagung des Gegenstandes. Es werde sich vielleicht auf einem ganz einfachen Wege zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis gelangen lassen, wenn es nämlich gelänge, für Berlin den Anfang des Gottesdienstes auf 11 Uhr hinauszuschieben. Dazu seien aber Verhandlungen mit den Kirchenbehörden nöthig.

Stadt. Singer: Ich bin durch diesen Antrag etwas peinlich überrascht; im Ausschusse wäre die richtige Gelegenheit geboten gewesen, sich darüber zu verständigen. Die Vertagung ist eine Vertagung ad calendae graecas, denn Niemand wird glauben, daß zwischen der städtischen Verwaltung und den kirchlichen Behörden die Sache sich in acht oder vierzehn Tagen regeln lassen wird; das Wesen tritt aber am 1. April in

Kraft. Es bliese das also an der Entscheidung, vor die wir durch meinen Antrag und durch die Gewerbe-Deputation gestellt sind, vorübergehen, wenn man den Vertagungsantrag als Ausweg ansieht. Ich sehe keinen Grund dazu, selbst nicht unter der Voraussetzung, die ich nicht im geringsten habe, daß die optimistischen Anschauungen des Kollegen Langerhans sich erfüllen werden. Denn wenn Herr Langerhans meint, daß, wenn der Gottesdienst um 11 Uhr beginnt, dann von 11 Uhr ab vollständig Ruhe sein kann, dann kann er auch seinem bedrängten Herzen noch einen kleinen Stoß geben und heute schon entscheiden, daß die Sonntagsruhe von 10 Uhr ab beginnt. Das ist die ganze Differenz. Zur Luxe der Versammlung würde eine Vertagung um lange Zeit nicht wünschlich. Die Frage ist angeschnitten, die betreffenden Interessentenkreise erwarten, daß sie für Ber'n entschieden wird. Sie, die Sie immer betonen, man müsse jeden Agitationsstoff entfernen, jeder Beunruhigung aus dem Wege gehen, haben alle Ursache dazu, die Frage zum Abschluß zu bringen. Wenn ich einerseits erwäge, daß die Frage in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden kann, so stehen auf der anderen Seite eine Menge von Ausgaben vor uns, das Ortsstatut wegen des Gewerbegerichts, die Staatsberatungen u. s. w., welche die volle Kraft und Zeit der Versammlung in Anspruch nehmen werden. Ich meine deshalb, wir erledigen die Sache heute, in dem Sinne, wie die Majorität es für gut befinden wird. Was Herr Langerhans will, steht ihm frei, auch nachher zu verfolgen, mag die Entscheidung fallen, wie sie will, die weiteren Schritte sind jedem Einzelnen vorbehalten. Nachdem aber die Sache schon einmal abgelehrt war und jetzt die erste Vertagung und den Ausschuss passiert hat, ist um so weniger Vertagung angezeigt, wenn nicht mit absoluter Bestimmtheit gesagt wird, daß wir etwa über acht Tage die Sache verhandeln können. Da mir dies ausgeschlossen erscheint, bitte ich, in der Sache heute Beschluß zu fassen.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Von den Stadtv. Langerhans u. Gen. ist folgender Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, Vorfrage zu treffen, daß in Zukunft die Einführung auch derjenigen neugewählten Stadtverordneten, deren Wahl durch Einspruch als ungültig angefochten ist, bei Beginn derjenigen Periode erfolge, auf welche sie gewählt sind, es sei denn, daß bereits vor Anfang dieser Periode die Stadtverordneten-Versammlung die Wahlen für ungültig erklärt hat.“

Der Antragsteller befragt die Annahme des Antrags mit dem Hinweis auf die aus der Nichterfüllung neubew. wiedergewählter Stadtverordneter entstehenden Unzulänglichkeiten, sobald die Nichterfüllung die Folge eines Wahlprotestes ist. Die Erledigung der Wahlproteste könne nach dem Erlaß des Zuständigkeitsgesetzes unter Umständen ein Jahr in Anspruch nehmen, während welchen Zeitraum der Gewählte der Versammlung fern bleiben müsse. Die Städte-Ordnung siehe dem Antrage nicht entgegen.

Stadt. Schreiner widerspricht der Annahme des Antrags unter Bezugnahme auf eine seiner Zeit im Falle Bietzen ergangene Verfügung des Oberpräsidenten, welche der Minister gebilligt habe und welche das vom Magistrat noch jüngst den Stadtv. Hauer und Vortmann gegenüber beobachtete Verfahren für allein zulässig erklärte.

Dagegen tritt Stadt. Meyer I. für den Antrag ein, indem er hauptsächlich bestritt, daß jene Meinungsäußerung des Oberpräsidenten für die Versammlung ohne Weiteres verbindlich sei.

Stadt. Singer: Ich stimme dem Antrage vollkommen zu. Die Praxis des Magistrats ist nach der Städte-Ordnung, wenn nicht unzulässig, so doch jedenfalls nicht notwendig gewesen. Die betreffende Vorschrift kann nur für die allgemeinen Ergänzungswahlen in Betracht kommen; dort hat es seine Berechtigung, daß die alten Stadtverordneten bis zum Eintritt der neu gewählten in der Versammlung verbleiben. Nun halte ich den Termin der Einführung, der hier besteht und überhaupte für falsch. Es erscheint mir weder mit dem Gesetz noch mit der Praxis vollkommen vereinbar, daß die Einführung in der ersten Woche nach Neujahr vorgenommen wird. Der Umstand, daß die alten Stadtverordneten bis zum Ende des Jahres in Funktion bleiben, steht einer früheren Einführung gar nicht im Wege. Die neu resp. wiedergewählten Stadtverordneten brauchen nur zu einer der Dezember-Sitzungen eingeladen und verpflichtet zu werden; dann treten sie ihr Amt mit dem 1. Januar an. Damit werden alle bisherigen Einwendungen hinfällig und es entspricht vollständig dem Sinne der Städte-Ordnung, daß der mit der Aufgabe, am 1. Januar sein Amt anzutreten, Gewählte auch bereits in der ersten Woche des Jahres in seinem Amte thätig ist. Was aber die zwischen den Antragstellern und dem Magistrat streitige Frage betrifft, so kann ich sie nur im Sinne der ersten Entscheidung. Es liegt kein Grund vor, einer Mittheilung des Oberpräsidenten zwingenden Werth beizulegen, da es sich nur um einen aus einem Ausschreiben herausgenommenen Satz handelt, der gar nicht in dem Verlangen gipfelt, nimmere nach dieser neuen Praxis zu projektieren. Andererseits ist ja eine ministerielle Verfügung immerhin noch kein Gesetz, und diesem Verlangen gegenüber wäre es wünschenswerth, die Frage, die ja juristisch zweifelhaft sein kann, zur Entscheidung der Gerichte zu bringen. Der frühere Minister des Inneren hat die Ansicht des Oberpräsidenten gebilligt, es ist fraglich, ob der gegenwärtige ebenso denkt. Im Uebrigen haben wir ja bei der Frage der Sonntagsruhe gesehen, daß der Magistrat sich an Oberpräsident und ministerielle Verfügungen nicht hält; dort war ihm aufgegeben, wegen der Frage mit uns in Berathung zu treten, das hat er nicht gethan. — Die Zustände, welche dadurch entstehen können, daß jemand, der nicht mehr das Vertrauen der Bürgerschaft besitzt, nicht wiedergewählt ist, gleichwohl Monate und Jahre lang den Bezirk wider den Willen der Wählerschaft vertritt, sind unhaltbar. Es muß daran festgehalten werden, daß die Einführung der Neugewählten ohne Rücksicht auf Proteste stattfindet. Zu seiner früheren Praxis war der Magistrat berechtigt, weil damals die Entscheidung über Proteste in den Händen der Regierung lag. Jetzt aber sind die Wahlprüfungen ein Stück Selbstverwaltung geworden, kraft des Zuständigkeitsgesetzes entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung über die Gültigkeit der Wahlen, und dem Betroffenen bleibt nur die Klage beim Bezirksauschuss bzw. Oberverwaltungsgericht. Dadurch darf aber unsere Entscheidung nicht aufgehoben werden. Wir thun gut, den Antrag anzunehmen und damit dem Magistrat Gelegenheit zu geben, Klarheit in die Sache zu bringen. Den letzten Satz des Antrages halte ich aber für überflüssig und beantrage seine Streichung. Der Fall könnte praktisch werden nur bei einer einzelnen Ergänzungswahl, wo gegen einen im November Gewählten Protest erhoben wird und die Versammlung noch vor Neujahr die Ungültigkeit erklärt. Was in solchem einzelnen Fall das Recht der Versammlung ist, bestritt ich ihre vollkommen für die allgemeinen Ergänzungswahlen. Da handelt es sich um ein volles Drittel der Versammlung, da dürfen die Stadtverordneten nicht Richter sein über die gegen ihre eigenen Wahlen erhobenen Proteste.

Der Stadt. Langerhans wird unverändert angenommen.

Gegen denselben stimmen die Sozialdemokraten wegen der Aufrechterhaltung des Schlusssatzes.

Es folgt die Wahl eines Stadtkonstitus (für Jelle) und zweier unbesoldeter Stadträte (für die ausgetretenen Schmidt und Sarre). Zum Syndikus gewählt wird Stadtrat Weise mit 92 von 110 gültigen Stimmen, daneben erhält Stadtrat Reubrink 17, zerplittert 1.

Zu unbesoldeten Stadträten wählt die Versammlung die Stadtv. Weislich (mit 72 von 111 gültigen Stimmen, daneben Kalisch 16) und Kötter (mit 60 von 111 gültigen Stimmen, daneben Kalisch 21). (Schluß 7 1/2 Uhr.)

Theater.

Freitag, den 19. Februar.
Spernhaus, Cavalleria rusticana.
Schauspielhaus, Das heilige Lachen.
Deutsches Theater, Kollege
Crampton.
Lesing-Theater, Unter vier Augen.
Fräulein Frau, Der sechste Sinn.
Berliner Theater, Schlimme S. at.
Residenz-Theater, Muffotte. Vor-
ber: Robebazar Violet.
Wallner-Theater, Der Varenführer.
Ein berühmter Mitbürger.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
Das Sonntagstünd.
Thomas-Theater, Reis-Reislingen.
Sollers-Theater, Der Noth-
helfer.
Strand-Theater, Cavalleria rusti-
cana.
Adolph Ernst - Theater, Der
Langtanzel.
Alexanderplatz-Theater, Berliner
Pflaster.
Festpalaß, Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété, Spe-
zialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen, Spe-
zialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten, Spezialitäten-Vor-
stellung.
Kaufmann's Variété, Spezialitäten-
Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater, Spe-
zialitäten-Vorstellung.
American-Theater, Spezialitäten-
Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstrasse 77-79.
Deute, sowie täglich:

Gr. Freikonzert.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 8 Uhr.
Empfehle meinen berühmten Mittags-
tisch à la Duval. Diner à 1 Mark.
3 Regelmäßig, 6 Billards,
2 Cäle. 1169L
Sonntag, den 20. Februar:
Gr. Bock-Anstich.

Stabliftement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion J. Ködman.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Proser Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Musikant von Wapenhofen
Sport-Bier, Seidel 15 Pf.
841 F. Müller.

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 163a, Ecke Behrenstr.
Interessanteste Völkerschaft
Inuer-Afrikas:

Schuli
b. Emln Pascha-Reich.
30 Personen, Männer,
Frauen, Kinder.
Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vor-
mittags, - 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr
Nachmittags.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
Lebensgroße
Wachsfiguren und
Gruppen, Dioramen,
Sandschuld- Panoramen
mit Gewitter.
Im Theater-Saal (ohne
Extra-Entree): Täglich
v. 8 Uhr ab Vorstellung
von Spezial. I. Rang.
Entree 50 Pf.

Präuser's anat. Museum.
Schluss unwiderruflich
am 30. März,
und vieles andere
neu!
Täglich für erwachsene
Herren.
Damen- Tag jed. Dienstag
und Freitag.

Künstliche Zähne 2 Mark.
Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-
loses Zahnziehen im Sprechstunden
8-7 Uhr. Zahnarzt Robert Wolf,
Chausseestr. 129 am Oranienb. Thor.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sount. 8-10.

Friedrichshagen.
Sonntag, 20. Febr., Abends 8 1/2 Uhr:
Ceutral-Vereinigung
des Arbeiter-Bildungsvereins
in Gesellschaftsbau.

Tages-Ordnung: Vortrag über
Parlamentarismus. Ref.: W. Werner.
(Korreferent soll der Parteivorstand
stellen.) Diskussion, Vereinsangelegen-
heiten. Wahl des ersten Schriftführers.
Verschiedenes. Fragestufen.
184/4 Der Vorstand.

Circus Renz.

Karlstraße.
Freitag, den 19. Februar 1892,
Abends 7 1/4 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung mit
neuen, höchst komischen Entrees und
Intermezzos von den Klownen C. God-
lowsky, 3 Gebr. B. iatore, Gebrüder
Diana, Warno, Gebr. Kronemann,
Paul und William, Herrmann, Misoo
u. s. w. Außerdem: Grosses Hardle-
Renzen, geritten von Damen und
Herren mit Vollblut-Springpferden.
Königsquadrille, geritten v. 8 Damen
und 8 Herren. Elmar (Strichspringer),
vorgeführt von Fräul. Oceana Renz.
Tropido, geritten von der Schulleiterin
Fräul. Oceana Renz. Auftreten der
Reitkünstlerinnen Feudis, Natalis und
Therosina, sowie der Reitkünstler
Herren Alex. B. iatore, Adolf Del-
bosq etc. Sisters Lawrence am st.
Trapez. Zum Schluss:
„Auf Helgoland“
oder: Ebbe und Fluth.
Große hydrologische Anstaltungs-
Pantomime in 2 Abtheilungen mit
National-Tänzen (60 Damen), Auf-
zügen. Neue Einlage: Die Garde-
fusaren und Mänen. Dampf-
schiff- und Bootfahrten, Wasserfällen,
Niesenfontänen mit allerlei Lichteffekten
u. s. w., arrangirt und inszenirt vom
Direktor E. Renz.
Täglich Auf Helgoland.
Sonntag Beneliz für die Schul-
leiterin Fräul. Clot. Hager.
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm.
4 Uhr (1 Kind frei) Maxepa's Ver-
baumung. Abends 7 1/2 Uhr Auf Helgo-
land.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.
Heute Abend 7 1/2 Uhr: Grosses
ausserordentl. Vorstellg. Auftr. des
berühmten, anerkannt besten
Schulreiters der Gegenwart Hr.
James Hillis, zum ersten Male das
Schulpferd **Markir**
reitend. Gastauftreten der 2 stärksten
Männer Amerikas
Bros. Marx
in ihren großartigen Kraftproduktionen,
berühmten Spielen etc.
Zum ersten Male in Berlin!
Noch nie dargeboten! Ganz neu!
Ringkampf zu Pferde.
Zum Schluss der Vorstellung: Eine
Nacht in Venedig. Große höchst
komische Original-Wasserpantomime
in 2 Abtheilungen, neu einstudirt mit
neuen sensationellen Licht- u. Wasser-
Effekten.
Morgen: Große Gala-Sport-Vor-
stellung. Auftreten des berühmten
Schulreiters Hr. J. Hillis. Gros.
Marx, Ringkampf zu Pferde. Eine
Nacht in Venedig.
Sonntag 2 Vorstellungen. Nach-
mittags 3 1/2 Uhr (1 Kind frei), und
Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vor-
stellungen Circus unter Wasser.

Damen-Maske-Garderobe
von M. Roussel,
Skaliherstr. 43, pt

Meyer's, Brockhaus' Lexikon, 1488b
Wäcker, Bibliotheken,
Brehm's Weltgeschichten, lauft
H. Hannemann, Kochstr. 56. Fernspr.

**Berliner Bockbrauerei SW., Tempel-
hofer Berg.**
Unser **Bockbier-Saison 1892** wird eröffnet am
53te Sonntag, den 20. Februar.
Am 15. d. M. wird mit dem Versandt nach außerhalb
in Gebinden und Flaschen begonnen.
Wir berechnen für die Viertel-Tonne 4,50 M., für die Viertel-
Tonne 9 M., für die halbe Tonne 18 M., für die ganze Tonne,
ca. 125 Liter, 36 M.
Bockbier in Flaschen, nur echt mit 2 in die Flaschen eingeblasenen
Pfeilen, liefern wir für hier zum Preise von 3 M. für 20 Flaschen
frei in's Haus. Versand wird nicht berechnet, und hat der Käufer
eine Quittung über die Flaschen sich ausstellen zu lassen. Unsere
Bockflaschen sind nicht verlässlich und werden als unser
Eigentum auch dann zurückverlangt, wenn Händler solche unbefugt
an sich bringen. Nach außerhalb liefern wir Bockbier in Kisten
à 50 Flaschen (incl. Pfand für Kiste und Flaschen) 12,50 M. frei
hiesigen Bahnhof gegen Nachnahme und zahlen für Kiste und Flaschen
bei freier Retournierung die 5 M. Pfand zurück.
Sonntag, den 20. Februar or., in den festlich geschmückten Sälen:
Eröffnung der Saison und Anstich des Bockbieres.
Grosses Militär-Doppel-Concert ausgeführt von den
Regiments-Kapellen des I. und II. Garde-Dräger-Regiments unter
Leitung der königlichen Musikdirektoren Voigt und Rosa.
Berliner Bock-Brauerei,
SW. Tempelhofer Berg, Telephon Nr. 3019. Amt VIII.

Soeben erschienen: Neue Männerchöre für das
arbeitende Volk.
Scheu, Jos., Der Schrei der Plage . . . Part. 1 M., Stimme 1 M.
— Lied der Arbeit . . . 40 Pf. . . 60 Pf.
— Herbstlied eines Chinesen . . . 40 " . . 60 "
— Wir und Sie . . . 40 " . . 60 "
— Der Freiheit eine Gasse . . . 40 " . . 60 "
— Gesang der Jungen bei Annahmung
der Alten . . . 40 " . . 60 "
— Morgensturm . . . 1 M. . . 1 M.
Obige Kompositionen sind Repertoirlieder aller österreichischen Arbeiter-Vereine.
Anschaffungen gestattet. - Katalog bitte zu verlangen. 1892L
J. Günther, Verlag und Sortiment, Dresden.

Sozialdemokratische Parteiversammlung
für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis
heute, Freitag, 19. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, bei Horbert, Beuthstraße.
Tages-Ordnung:
1. Der 1. Mai. 2. Wahl eines Komitees. 3. Die in Aussicht stehende
Konferenz für die Provinz Brandenburg. Ev. Delegirtenwahl.
397/7 Der Vertrauensmann.

An sämtliche Arbeiter-Sängerbunde Deutschlands.
Die Vorstände sämtlicher Arbeiter-Sängerbunde Deutschlands werden
hierdurch freundlichst ersucht, ihre Adressen an Unterzeichneten einzureichen.
Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
168/9 Berlin N. A. Neumann, Brunnenstr. 101 II.

Verein der Bau-Anschläger
Berlin West.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das
die Monats-Versammlung am
Sonntag, den 21. Februar, Vormittags
10 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt,
Gre adierstr. 33, stattfindet.
Dasselbst werden neue Mitglieder auf-
genommen.
Kollegen, als Gäste, haben Zutritt.
1484b Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle
der Deutschen Wagenbauer.
(E. S. Nr. 8.) Bezirk II Berlin.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 21. Februar,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
bei Wiedbraud, Adersstraße Nr. 115.
Zahlreiches Erscheinen notwendig.
571/7 Der Vorstand.

Freie Vereinigung
der Eisenhändler und Berufsgen.
Mitgliederversammlung
am Sonntag, den 21. Februar,
Vorm. 10 Uhr, 292/18
im Lokale von Scholler, Jusefstr. 10.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ent-
richtung der Monatsbeiträge u. Auf-
nahme neuer Mitglieder. 4. Jahres-
bericht vom Vorstand. 5. Neuan-
tritt des gesamten Vorstandes. 6. Wie
stellen wir uns zu dem neu zu gran-
denden Verband? 7. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung
wegen ist es Pflicht der Mitglieder,
pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Vereinszimmer mit Piano, bis 30
Personen fassend, zu vergeben.
W. Weiss, Gr. Frankfurterstr. 80/81.

Große öffentliche Versammlung
der
Pfizer u. Maurer Berlins u. Umg.
am Sonntag, 21. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Horbert (großer Saal)
Beuthstr. 19-21.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte. Referent Stadts. Voglbert.
2. Berichtserstattung der von den Pfizern auf Listen gesammelten Gelder
zum Buchdruckerstreik.
3. Unsere jetzigen Lohnverhältnisse und Verschiedenes.
Die Kollegen, welche noch Sammellisten haben, werden gebeten, dieselben
vor der Versammlung abzugeben.
B. Förster, Lüderstr. 43. H. Klingenberg, Mittenwalderstr. 88.
Vertrauensmänner der deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen für Berlin.

Berein der Ginfeker (Tischler).
Ausserordentliche Generalversammlung
am Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstr. 44
146/8 Tages-Ordnung:
1. Vorstandsantrag. 2. Wahl des Vergütungskomitees. 3. Ver-
schiedenes und Fragestufen.
NB. Der Maskenball des Vereins findet am Sonnabend, den
12. März, in Joel's Gesellschaftssälen, Andreasstr. 21, statt.
Der Vorstand.

**Kranken- und Begräbniskasse für die im Berliner Gürtler-
und Bronzergewerbe beschäftigten Personen.**
(E. S. 60.)

Ordentliche General-Versammlung
der grossjährigen Mitglieder
am Sonntag, den 21. Februar, Vormittags präzis 10 Uhr,
in Joel's Festsälen (vormals Feuerstein), Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht (Rechnungslegung).
2. Wahl des Vorstandes und der Ausschussmitglieder.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.
1457b Der Vorstand.

Fachv. d. Marmor- u. Granitarbeiter.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 21. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr, in Deigmüller's Lokal,
Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljahr- und Jahresabrechnung. 2. Vierteljahr-Abrechnung vom
Referendons. 3. Regelung resp. Bestellung der Vertrauensleute. 4. Ver-
chiedenes. 280/10
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Deffentliche Versammlung
der
Musikinstrumenten-Arbeiter
am Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 10 Uhr, in Joel's Salon,
Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage der in der Musikinstrumenten-Industrie, und wie stellen
sich die Arbeiter zu den Lohnabzügen? 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
282/18 Die Agitations-Kommission.

Achtung! Textilarbeiter! Achtung!
Versammlung der 3. Filiale
der Weber, Wirker und Sticker
am Sonntag, den 21. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Nieft, Weber-Strasse No. 17.
Tages-Ordnung:
1. Der Gewerkschafts-Kongress zu Halberstadt. Referent Theodor
Mehner. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten. 4. Verschiedenes. -
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
1491b Die Bevollmächtigten. J. A.: E. Loders.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlin und Umgegend. 889/9
Gr. Versammlung
am Sonntag, den 21. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr,
im Lokale des Hrn. Schröder (Weddingpark) Müllerstr. 178.
Tages-Ordnung: 1. Jubiläumsvortrag des Elektrotechnikers Herrn Prött
über „Elektro-Annäherung“ (Fortsetzung der vorigen Versammlung). 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind speziell alle Kollegen eingeladen, welche
in Betrieben arbeiten, in denen Elektrizität zur Anwendung kommt.
Die Versammlung wird präzis eröffnet.

Branchen-Versammlung der Rohrleger u. Gebläsen
am Sonntag, den 21. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr,
in „Fe. erstein's Salon“, Alte Jakob-Strasse No. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent Robert Schmidt. 2. Diskussion. 3. Ver-
chiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. - In beiden Versammlungen Gäste
willkommen. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Plätterinnen u. s. w. Berlins
am Freitag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, in Meff's Salon, Webersstr. 15.
Irrthümlich ist das Thema für die Versammlung falsch angegeben.
Dasselbe lautet nur: Medizinischer Vortrag des Herrn Dr. Christeller. Später
wird Herr G. Widring über die angeordnete Firma sprechen.

Schöneberg.
Arbeiter-Bildungsverein für Schöneberg u. Umg.
Große öffentliche Versammlung
am Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr,
im Saale der Schloss-Brauerei zu Schöneberg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Grindel über: „Die Gewerbe-Schiedsgerichte
und deren Bedeutung für die Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich
die Arbeiter Schönebergs zu demselben? 4. Verschiedenes. - Um zahlreiches
Erscheinen sämtlicher Arbeiter ersucht
Der Vorstand.
NB. Die Mitglieder, welche im Besitz von Büchern aus der Vereins-
Bibliothek sind, werden ersucht, dieselben einer Regelung halber mitzubringen

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung vom 18. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: von Gohler und Kommissarien.
An Stelle des ausgeschiedenen Abg. Kochan wird auf Vorschlag des Abg. Graf Ballesheim der Abg. Prinz von Arenberg durch Jura zum Mitglied der Reichsschulden-Kommission gewählt.

Darauf wird die Beratung des Militäretats fortgesetzt und die Ausgabenkapitel: höhere Truppenbefehlshaber, Gouverneure, Kommandanten, Platzmajore, Adjutanturoffiziere und Offiziere in besonderen Stellungen, Generalstab und Landesvermessungswesen, Ingenieur- und Pionierkorps ohne Debatte bewilligt.

Bei Kapitel 24, Geldverpflegung der Truppen, findet sich eine Mehrforderung von 556 345 M., welche die Mittel bieten soll, sämtliche Mannschaften des Wehrdienstes zu einer Uebung von 14-tägiger Dauer heranzuziehen zu können.

Referent Abg. Knebel bemerkt, daß diese Forderung in der Kommission mehrfach beanstandet sei und für die Bewilligung der ganzen Summe von 24 nur 8 Mitglieder gestimmt hätten. Die Mehrheit habe einen Abbruch von 55 377 M. vorgenommen.

Abg. Richter: In diesem Etat tritt zum ersten Male für diese Zwecke eine ganz erhebliche Mehrforderung hervor. Es handelt sich um eine Ausdehnung der Uebungen gegen den bisherigen Umfang um 83 pCt. 53 pCt. mehr Mannschaften sollen herangezogen werden und die durchschnittliche Uebungsdauer soll sich ebenfalls um drei Tage erhöhen. Eine so starke Erweiterung der Uebungen finden wir nicht gerechtfertigt. Man verlangt diese Ausdehnung der Uebungen als dauernde, organische Einrichtung neben allen Uebungen der besonderen Klasse der Einjährig-Freiwilligen und der sonstigen besonderen Uebungsclassen. Man hat früher immer gegen die Forderung der Verlängerung der Dienstzeit geltend gemacht, daß sie eine Verlängerung der Dienstzeit der Reserve und Landwehr zur Folge haben müßte. Jetzt werden die Uebungen ausgedehnt, ohne daß von einer Verlängerung der Dienstzeit auch nur die Rede wäre. Eine solche Belastung scheint uns gerade in diesem Augenblicke nicht angezeigt, wo eine Vorlage von organischer Bedeutung vom Reichsanwalt für die nächste Session angekündigt ist. Selbst wenn vierzehntägige Uebungen zweckentsprechend sind, ist nicht abzusehen, warum gerade in diesem Jahre diese Ausdehnung stattfinden soll; denn erst 1890 sind die Mittel bewilligt worden, mit welchen sämtliche Reservisten und Landwehrlente zu einer zwölf-tägigen Uebung mit dem neuen Gewehr herangezogen wurden, die letzten erst in diesen Tagen. Alle diese werden jetzt sofort wieder eine neue allgemeine Uebung zu machen haben. Hierzu treten die hohen Naturalpreise als weiteres Bedenken, die die schwierigen Erwerbsverhältnisse überhaupt, welche in vielen Fällen den eingezogenen Reservisten aus seiner Stellung wieder abziehen. Deshalb beantragen wir die Streichung der gesamten Mehrforderung für diese Uebungen.

Bundeskommissar Major Gade: Der bisherige Etatansatz seit 1877—78 derselbe geblieben. Inzwischen haben die Vermehrungen der Armee stattgefunden; bei allen Waffengattungen sind Vermehrungen eingetreten, welche die bessere Ausbildung des Wehrdienstes zur dringenden Pflicht machen, der Aenderung der Wehrpflicht durch das Gesetz von 1888 gar nicht zu gedenken. Diese Momente lassen den alten Ansatz schon längst nicht mehr als ausreichend erscheinen. Die Erhöhung wird erst jetzt erbeten, weil in den letzten Jahren viele Uebungen besonderer Art stattgefunden haben, auf welche Herr Richter Bezug nahm, welche aber nur auf Infanterie und Jäger bezogen, nicht 12, sondern nur 10 Tage gedauert haben, den Landwehrlenten also nur eine äußere Kenntnissnahme von dem neuen Gewehr beigebracht habe. Wie es im Felde gebraucht werden muß, das haben die Mannschaften in diesen 10 Tagen nicht kennen gelernt. Die Uebungen zu vermehren ist als ein dringendes Bedürfnis von uns angesehen worden. Der Mangel der erforderlichen Uebungen hat bei den Landwehrlenten eine gewisse Schwerfälligkeit hervortreten lassen, welche die Ueberzeugung bestärkt, daß es Zeit ist, einen neuen Modus zu wählen, um in die Uebungen des Wehrdienstes derjenigen Ordnung zu bringen, welche den erhöhten Anforderungen entspricht. Die Forderung ist begründet durch die Vergangenheit und die Anticipation der ganzen Angelegenheit. Die außerordentlichen Uebungen reichen dazu nicht aus; auch hier sind, wie schon bemerkt, bei den letzten derartigen Uebungen nur Infanterie und Jäger beteiligt gewesen, die übrigen Mannschaften, also ein Drittel aller, nicht. Auch ist die Wirkung der Maßregel nicht eine so einschneidende, wie der Abg. Richter sie schildert. Die Leute werden unmittelbar aus der Werkstatt, vom Felde zur Truppe gerufen, damit sie ehest in kürzester Zeit auf dem Felde ihre Schuldbiligkeit thun. Dazu müssen sie in jeder Beziehung schlagfertig gemacht werden.

Abg. v. Schöning (nl.) bittet die Verwaltung, die Einrichtung der Ersatzreserve zweiter Klasse zu einer jechnwöchentlichen Uebung in diesem Sommer nicht Mitte August, sondern mit Rücksicht auf die Ernte etwas später stattfinden zu lassen.

Generalmajor v. Gohler sagt Erwägung dieser Angelegenheit zu.

Abg. Richter: Wenn die Argumentation des Herrn Majors Gade wahr wäre, so würde sie auch für eine vierwöchentliche, mehrmonatliche oder jährliche Dauer der Uebungen ausschlaggebend sein. Damit können wir nicht weiter. Es wird übersehen, daß das Extra-Ordinarium dieses Etats ungemein hohe Mittel für militärische Zwecke verlangt. Wenn Sie zwei Uebungen auf mehrere Jahre vertheilen, so ist das viel besser für die Betroffenen, als wenn sie zwei Jahre hintereinander aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herausgerissen werden. Die Uebungszeit mit dem neuen Gewehr ist so kurz bemessen gewesen, weil der Mechanismus dieses Gewehrs einfacher, sachlicher ist als der des früheren. Wir müssen dabei stehen bleiben, das den steigenden Kosten gegenüber auch endlich an die Entlastung durch Verkürzung der Dienstzeit ernsthaft heranzutreten wird.

Das Kapitel wird nach dem Antrage der Kommission angenommen. Die Absehung der 55 377 M. hat eine entsprechende Verabsehung bei 11 weiteren Titeln zur Folge. Im Uebrigen wird Kapitel 25, „Naturalverpflegung der Truppen“, ohne Debatte bewilligt.

Bei Kapitel 26 „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ fragt

Abg. Schmidt (Elberfeld) an, ob weitere Versuche gemacht worden sind, die Bekleidung der Truppen in den Gefängnissen herzustellen. Die Frage sei eine der allerwichtigsten für das freie Gewerbe. Wenn die Gefängnisarbeiten auch auf diesem Gebiete schlecht gewesen seien, so wäre damit wieder der deboucheurische Beweis erbracht, daß die billige und schlechte Arbeit aus den Gefängnissen ihren Weg in das Publikum nimmt. Neuerdings solle die Militärverwaltung beabsichtigen, die Fabrication von Stiefeln, die in Renscheid und Solingen stark betrieben wird, vollständig in die Hand zu nehmen. Das würde die betreffende Industrie, die viele kleine Leute ernährt, schwer schädigen. Die Verwaltung sollte doch auf ihrem eigenen Gebiete verbleiben und diese Fabrication der Privatindustrie, dem freien Gewerbe überlassen.

Generalmajor v. Funk: Die Strafanstalten sind für Zwecke der militärischen Oekonomie in letzter Zeit in verstärktem Maße herangezogen worden. Eine gewisse Schwierigkeit liegt noch in den Preisverhältnissen, die Strafanstalten können nicht immer mit unseren Staatspreisen auskommen. Ueber eine Aenderung in diesem Punkte schweben noch Verhandlungen. Der angeregte Einzelfall beschränkt sich auf eine Anregung eines Armeekorps, dem die Erlaubnis zu einem derartigen Versuch gegeben worden ist.

Abg. Viehl (Zentr.) bringt einen Fall zur Sprache, wo durch die Oekonomie-Handwerker eines Regiments große Unterschleife begangen worden sind, und bittet dringend, den Oekonomie-Handwerkern nicht zu gestatten, für dritte, mit der Armee in keiner Beziehung stehende Personen Arbeiten anzufertigen.

Generalmajor von Funk: Wir haben die Zahl der Oekonomie-Handwerker bereits bedeutend reduziert, sie noch weiter zu vermindern, ist nicht möglich, denn ein Stamm gut ausgebildeter Handwerker ist für den Krieg erforderlich. Die Verwaltung glaubt auch, daß die Oekonomie-Handwerker nicht zu privatem Vortheil beschäftigt werden sollen.

Abg. Richter: Auch ich stehe auf diesem Boden, wie ich mich seit Jahren bemüht habe, auf die Verminderung dieser Kategorie hinzuwirken. In dieser Einrichtung liegt eine besondere Belastung der Schneider und Schuhmacher, die in den Militärdienst treten; denn sie werden als Oekonomie-Handwerker eingestellt auf volle drei Jahre, auch wenn sie sonst für den Militärdienst nicht tauglich sind. In ihrer Spezialausbildung gehen sie dabei während dieser Zeit eher zurück als vorwärts. Die heutige Neuerung des Vertreters der Militärverwaltung deutet schon auf einen Fortschritt, aber muß man denn diese Oekonomie-Verhältnisse durchaus im Frieden beibehalten für den Krieg? Stiefel und Röcke machen lernt man doch nicht bloß beim Militär. Man sollte sich lieber daran gewöhnen, im Frieden mehr Uebungen fertiger Gegenstände zu vergeben, dann würden auch im Kriege die Einrichtungen sich sehr einschränken lassen.

Abg. von Frege (nl.) ist der Militärverwaltung für die Verminderung der Zahl der Oekonomie-Handwerker dankbar, tritt aber dem Wunsche einer weiteren Verminderung entgegen. Redner regt die vermehrte Beschäftigung von Gefangenen in der Landwirthschaft an, um nicht durch künstliche Schaffung von Schneidern und Schuhmachern die Konkurrenz für die freien Gewerbetreibenden dieser Art noch mächtiger zu machen. Ein Stamm zuverlässiger Arbeiter müsse aber im Kriege bei der Truppe bleiben.

Abg. Hinz (nr.) Die Oekonomie-Handwerker bleiben im Kriege gar nicht bei der Truppe, sondern in den Werkstätten zurück, im Felde hat man von ihnen noch niemals etwas gesehen. Viel besser wäre es, man beschreite den Weg, den Oesterreich seit einiger Zeit beschritten hat, indem die Armeeverwaltung sich mit großen Lieferungsverbänden in Verbindung setzt, welche auch die nötige Sicherheit für die rechtzeitige Ergänzung des Kriegsbedarfes bieten.

Abg. Omann (nall.) muß seinerseits dabei stehen bleiben, daß die Oekonomie-Handwerker auch nach ihrer Verminderung dem freien Handwerkerstande, namentlich den Schuhmachern, Schneidern und Sattlern, eine unerträgliche Konkurrenz machen. Es sei das auch in der Militärverwaltung ein sehr wunder Punkt, denn die für die Werkstätten bestehenden einschränkenden Vorschriften bezüglich der Benutzung der freien Kräfte der Mannschaft, der Benutzung des Werkstätten-Inventars, der Lieferung von Arbeiten für Privatpersonen würden vielfach nicht befolgt.

Generalmajor v. Funk: Ich wiederhole, daß eine weitere Verminderung der Oekonomie-Handwerker dem gegenwärtigen Stande der Korps-Bekleidungsämter zur Zeit nicht angängig ist. Mit der Vergabung von größeren Lieferungen an große Lieferanten hat es seine Schwierigkeiten, namentlich wegen der Zuverlässigkeit. Die Einschränkung des Betriebes für Private ist früher im Reichstag sehr gründlich verhandelt worden, es ist damals allseitig zugestanden worden, daß die freiwillige Herstellung von Kleidungsstücken für Angehörige des Heeres keinem Bedenken unterliege.

Abg. Viehl verweist auf eine Stelle, wo ein Regiments-schneider direkt in der Kaserne eine Privatwerkstatt errichtet hatte, und einige Regimentschefs wollen noch heute nicht daran glauben, daß in den Militärwerkstätten Privatarbeit nicht hergestellt werden dürfe. Mit den Armeelieferanten habe Oesterreich sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Abg. v. Frege giebt dem Abg. Hinz zu, daß er sich geirrt habe, wenn er glaubte, die Oekonomie-Handwerker würden mit auf den Kriegsschauplatz genommen, und rüht auch seinerseits dringend ab, die Lieferungen großen Lieferanten zu übergeben, die sich in Oesterreich der argsten Bedrückung der kleinen Handwerker schuldig gemacht hätten.

Abg. Schmidt (Elberfeld): Ich verhorre die ganz allgemeine, nicht bloß für die Handarbeiter, das System der künstlichen Ausbildung von Leuten, die das Handwerk nicht regelrecht gelernt haben, zu Schneidern und Schuhmachern. Im Uebrigen kann ich nur wünschen, daß die Verwaltung mit der vermehrten Beschäftigung der Strafanstalten fortfährt. Die Verwaltung der preussischen Strafanstalten, welche unter dem Minister des Innern stehen, kommt den betr. Unternehmern sogar durch die Aufstellung von Motoren entgegen. Warum soll es nicht möglich sein, daß diese Anstalten im Interesse vermehrter Leistungen für die Militärverwaltung einige Nähmaschinen aufstellen?

Abg. Hinz bemerkt, daß die kleinen Handwerker in Oesterreich 25 pCt. der Lieferungen übertragen bekommen hätten. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso finden die Kapitel Garnison-, Verwaltungs- und Serviswesen, Garnisonbauwesen Annahme.

Beim Kapitel Militär-Medizinalwesen bemerkt

Abg. Endemann (nl.): Die Frage, wie bei einem künftigen Kriege die Verwundeten aus der Feuerlinie in Sicherheit gebracht werden sollen, beschäftigt die weitesten Kreise, seitdem der Vortrag unseres berühmten Landmannes Wilroth über die Wirkung der Schießwaffen stattgefunden hat. Das Militär-Sanitätswesen findet hier eine schwere Aufgabe. Die Vermehrung der Erkrankten ist ungefähr proportional zur Vermehrung des Heeres, aber die Zahl der Verwundeten wird steigen infolge der Vervollkommnung der Schusswaffen und der Verwendung des rauchlosen Pulvers. Nach Wilroth sind 80 pCt. der Verwendung durch Gewehrketten, 15 durch Geschosse der Artillerie, 5 durch Bomben und Stieh veranlaßt. Im zukünftigen Kriege wird die letztere Zahl noch steigen. Hier wird die freiwillige Krankenpflege, für deren Entwicklung die verewigte Kaiserin Augusta so viel gethan hat, sehr viel wirken können.

Major Gade: Der Vortrag Wilroth's in der österreichischen Delegation ist von uns mit der größten Gewissenhaftigkeit erörtert worden. Professor Wilroth hat ja darin ganz recht, daß die Wirkung der Waffen ganz außerordentlich in den letzten Jahren gesteigert worden ist. Am meisten wird das klein kalibrige Gewehr eine Steigerung seiner Wirkung erfahren, da es auf mittlere Entfernungen noch einen Baumstamm von 20 Centimeter durchschlägt. Die Zahl der Verwundeten u. d. steigen, aber die Art der Verwundung wird wenn man so sagen darf, eine humanere sein. Das Geschos ist sehr klein, sehr hart und wird mit großer Geschwindigkeit vorgetrieben. Auf nahe Ent-

fernungen zeigt es fürchterliche Wirkungen, weil es fast explosibel wirkt, auf weitere Entfernungen aber wirkt es weniger schlimm als die früheren Geschosse. Es werden mehr Verwundete, aber nicht mehr Schwerverwundete sein, wie auch die Erfahrungen in Chile bereits gezeigt haben. Die Frage des Vortredes, wie die Fortschaffung der Verwundeten aus der Feuerlinie auf den Verbandplatz besorgt werden soll, kann ich dahin beantworten, daß schon jetzt jeder Mann, jeder Offizier mit einem antiseptischen Verband ausgerüstet ist, daß schon jetzt bei jeder Truppe einige Mannschaften als Krankenträger ausgebildet worden sind, daß jedes Armeekorps drei Sanitätsdetachements hat, jedes zu 8 Wagen und 120 Tragen mit der nötigen Mannschaft und ärztlichem, wie Lazarethgehilfen-Personal. Jedes Detachment kann auch getheilt werden. Ist die Truppe ins Gefecht getreten, so kann schon, bevor ein Detachment da ist, die erste Hilfe von den Mannschaften selbst geleistet werden; die Wunden, die ins Gefecht eintreten, nehmen ihre Detachements mit. Der Verbandplatz muß je nach dem Gang des Gefechtes weiter nach vorn und weiter nach hinten gelegt werden können. Die Ausbildung unserer Sanitätsoffiziere muß schon im Frieden darauf gerichtet sein, daß sie im gegebenen Falle dies schnell bewirken können. Die dritte Staffel in unserer Fürsorge sind die Militärlazarette, deren jedes Armeekorps 12 à 200 Betten sofort aufstellen kann. Mit allen unseren Vorbereitungen basiren wir jetzt auf einem durchschnittlichen Verlust an Mannschaften von 20 pCt. Ein Armeekorps würde danach 7000 Mann an Todten und Verwundeten haben; davon 1/3 Todte, verwundet pro Korps 5800, 1/3 schwer, 2/3 leicht verwundet. Daraufhin würden wir zu Hilfe haben an Personal 150 Aerzte, auf jeden 13 schwer und 26 leicht Verwundete. Zur Wsistenz sind rund 400 geschulte Personen vorhanden, das erscheint ausreichend. Verbandmaterial ist für mehr als 30 pCt. der ganzen Kopfstärke vorhanden. Hilfskrankenfräger sind zusammen 12078 Mann vorhanden, welche die 1900 Verwundeten in 6—7 Stunden fortzuschaffen könnten, wenn man eine mittlere Entfernung des Verbandplatzes von 1600 m annimmt. An Tragen und Trägern ist weit mehr vorhanden, als Professor Wilroth selbst für notwendig bezeichnet hat. Für alle Fälle zu sorgen ist ja auch bei aller Gründlichkeit ausgeschlossen, aber soweit es in der Möglichkeit liegt, ist auch auf diesem Gebiet die Militärverwaltung bestrebt, nach Kräften ihrer Aufgabe zu entsprechen. (Beifall.)

Abg. Virchow: Immerhin werden wir selbst bei günstigen Schlächten damit rechnen müssen, daß sie sich länger als bisher hinziehen, hin- und hergehen und auch dadurch die Zahl der Verwundeten erheblich steigern werden; es wird dann auch vorzukommen, daß es an den nötigen Kräften fehlt, denn allen Eventualitäten läßt sich eben nicht vorbeugen. Vielleicht wäre nach diesen Richtungen die Genfer Konvention etwas zu erweitern. Vor Allem kommt es doch darauf an, daß die beiderseitigen Truppen die Genfer Konvention respektiren; das letzte Mal war das nicht der Fall. Die Einrichtungen für den Verwundeten-transport und den Verwundetenverband müssen eben auch geschäftig und nicht bei dem Hin und Her der Rämpfenden der Wegnahme ausgefacht sein. Auch die Verwendung zerlegbarer Baracken sollte in Erwägung gezogen werden. Mit dem Rechnen allein ist es in diesen Dingen eine sehr mühselige Sache. Die Art der Verwundung wird ja wohl günstiger sein, aber die Zahl der tödlichen Verwundungen wird sehr viel größer werden. Die hilfreiche Theilnahme des ganzen Volkes wird man nicht entbehren können, wenn auch die Verwaltung dieser Theilnahme ein gewisses Widerstreben entgegensetzt. Man soll diese Mitwirkung nicht in zu bürokratische Formen zwingen.

Generalmajor v. Gohler: Die Genfer Konvention wird in unserer Armee bekannt gemacht. Gegen die Mitwirkung der freiwilligen Krankenpflege ist die Verwaltung keineswegs abgeneigt; die militärische Krankenpflege beschränkt sich überhaupt wesentlich auf den Kriegsschauplatz.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums des Militäretats.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Fortsetzung.)

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 18. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielens und zahlreiche Kommissarien.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1892—93 und zwar die Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung. Die Diskussion findet in derselben Weise statt wie in der Kommission; es wird beim ersten Titel: Einnahmen aus dem Personenverkehr, zunächst eine allgemeine Debatte stattfinden, dann eine besondere Debatte (speziell über den Personenverkehr).

Es liegt folgender Antrag des Abg. Brömel vor: Die Staatsregierung zu ersuchen, mit der Reform der Personentarife auf den preussischen Staatsbahnen auf Grund des im Jahre 1891 aufgestellten Planes, jedoch unter Ausschluß von Tarifierhöhungen baldmöglichst vorzugehen.

Referent Abg. v. Tiedemann führt aus, daß in der Kommission ein schriftlicher Bericht angeregt worden sei; derselbe habe aber mit Rücksicht auf die Geschäftsverhältnisse des Hauses unterbleiben müssen. Referent berichtet darauf eingehend über die in der Kommission berührten Einzelfragen.

Während der Rede des Referenten geht folgender weiterer Antrag der Abg. Hize und Lieber ein: Die Staatsregierung zu ersuchen: Maßnahmen und Einrichtungen zu treffen, um die Sonntagruhe den im Eisenbahn-Dienst beschäftigten Beamten und Arbeitern in weiterem Maße, insbesondere durch mögliche Einschränkung des Güterverkehrs an Sonntagen zu sichern.

Minister Thielens: Wir befinden uns in einer Periode der Verminderung der Betriebsüberschüsse, in welcher wir sparsam verfahren müssen. Ich bitte Sie, mein Streben nach Sparsamkeit, wodurch die Sicherheit des Verkehrs und des Betriebes nicht gefährdet werden soll, zu unterstützen. Der Abschluß, wie er für das laufende Jahr jetzt vorliegt, ist ein günstiger. Für Januar ergibt sich ein Anfall an Einnahmen für den Güterverkehr, der nur durch andere Einnahmen sich in ein kleines Plus verwandelt. Die Ursache liegt in dem milden Winter, welcher die Schifffahrt fast während des ganzen Winters gestattete; dazu haben die Handelsverträge die Transporte für Januar etwas zurückgehalten. In den beiden noch fehlenden Monaten des laufenden Etatsjahres wird der Verkehr sich nicht besonders heben.

Abg. v. Buttkeamer-Plauth (ns.): Wir werden den Minister in seinem Streben nach Sparsamkeit unterstützen; wir halten es gar nicht für notwendig, daß ein großer Theil der Bevölkerung immerzu auf der Eisenbahn liegt. Die Ermäßigung der Personentarife würde nur dazu führen, die Verhältnisse der östlichen Provinzen vollständig zu verschleppen. Von großer Bedeutung sind für die Landwirtschaft der östlichen Provinzen die Staatstaxen. Früher konnten wir leicht die Weizen und über See den Weltmarkt erreichen, jetzt müssen wir den Inlandmarkt aufsuchen und dazu müssen wir große Eisenbahntarife überwinden.

Für uns giebt es nur zwei Mittel: Herabsetzung der Tarife oder die Aufhebung des Identitätsnachweises. Der Versuch nach letzterer Richtung hin ist gescheitert an dem Widerspruch des

Bundesraths; die Herabsetzung der Tarife ist aber im Verwaltungswege zu erreichen. Der Ernst der Lage in den östlichen Provinzen ist sehr groß, so daß es Bedenken erregen muß. Das Gerechtigkeitsempfinden müßte allein dafür sprechen, daß etwas geschehen muß, denn die Noth ist sehr groß. (Beifall rechts.)

Abg. Simon-Waldenburg (nll.): Die Thatfachen haben bewiesen, daß das Eisenbahn-Garantiegesetz gar keinen Werth hat. Eine vollständige Kostentrennung der Eisenbahn von den Staatsfinanzen ist wohl nicht möglich, aber eine gewisse Grenze müßte gezogen werden. Es muß dahin gestrebt werden, daß immer weniger von den Eisenbahnüberschüssen für allgemeine Staatszwecke verwendet wird, daß man vielmehr die Eisenbahnschuld möglichst tilgt und zwar in erheblich größerem Umfang als bisher, damit eine Tarifermäßigung eintreten kann. Als Herr Richter hier darauf hinwies, daß die Privatbahnen leichter zu Ermäßigungen lauten als die Staatsbahnen, da betrifft der Herr Minister dies mit dem Hinweis darauf, daß die Privatbahnen 1874 die Erhöhung um 20 pCt. vorgenommen hätten. Der Anlaß zu dieser Erhöhung lag in dem schlechten Ergebnis der Staatseisenbahnen, welche den Finanzminister Camphausen zur Erhöhung der Tarife veranlaßten. Mehrere Privatbahnen haben die Einführung dieser Erhöhung verweigert; wo sie aber eingeführt wurden, hat die Regierung die Genehmigung ertheilt. Die mechanische Aufstellung des Etats nach dem Durchschnitt der letzten Jahre ist bedenklich, ihr Staatsaufbau dürfte für den Güterverkehr wohl nicht erreicht werden. Hedner weist auf die Verbindung der höheren Eisenbahnbeamten hin. Der Minister habe angeordnet, daß die Hilfsarbeiter aus dem Ministerium nach drei Jahren immer wieder in den praktischen Dienst zurück müßten. Das sei durchaus zu billigen; aber auch für die höheren Beamten bei den Betriebsbehörden müsse etwas geschehen. Sie würden größtentheils aus dem Justizdienst, seltener aus der Verwaltung übernommen; sie haben gewöhnlich eine Probezeit von einem Jahr durchzumachen. Das ist wohl nicht genügend. Man wird vielleicht daran denken müssen, eine besondere Eisenbahnkarriere zu schaffen. Wenn es wahr sein sollte, daß die Regierung im Interesse der Sparbarkeit den Secundärbahn-Bau etwas zurückstellen will, dann sollte man dafür den Privaten gestatten, solche Bahnen zu bauen. Ein Bedürfnis dafür ist vorhanden und der Geldmarkt gestattet solche Unternehmungen auch. Velleicht bringt das in Aussicht gestellte Gesetz über die Tertiärbahnen hier die nötige Abhilfe. Für diese Bahnen müssen jedenfalls sehr viel leichtere Bedingungen gestellt werden als bis jetzt üblich. Die Staatsbahn-Verwaltung hat sich als eine Musterverwaltung herausgestellt, die keinen Vergleich zu scheuen braucht, auch nicht mit anderen, mit Privatverwaltungen.

Minister Thielen: Ich glaube auch, daß die Verhältnisse sehr viel günstiger werden müssen, wenn wir den Etatsanschlag erreichen wollen, aber ich bitte dabei zu bedenken, daß wir den Etat im August aufgestellt hatten, wo die Verhältnisse günstiger waren, daß ferner die Periode des Niederganges nur eine vorübergehende sein wird. Werden die Einnahmen nicht erreicht, dann werden auch die Ausgaben zum Theil erspart werden. Mit der Organisation der Staatsbahnen hat sich die Regierung das Vertrauen und die Anerkennung des Bundes erworben, sie hat alle Interessen zu fördern gesucht. Aber ich sehe diese Organisation nicht als etwas so Vollkommenes an, daß sie sich nicht den veränderten Zeiten anpassen hätte. Bezüglich der Ausbildung der höheren Beamten bestehen schwer empfundene Mängel. Ich habe dem Direktionspräsidenten ein Projekt zur Vegetation vorgelegt, welches eine Aenderung herbeiführen will. Subalternbeamte werden, wenn auch nicht erheblich, jetzt auch schon in den höheren Dienst eingestellt. Der Bau von Secundärbahnen wird den Privaten nicht verschmäht. Herrn von Büttlamer bemerkte ich, daß die Regierung nicht beabsichtigt, die Staffeltarife aufzuheben, bevor die neue Ernte transportfähig ist.

Abg. Schmieding (nll.): Ich glaube, daß jetzt auch der Zeitpunkt gekommen sei, wo man das Privatkapital ohne Schädigung der Staatsbahnen wieder zum Bau von Eisenbahnen zulassen könne.

Abg. Wopelius (ft.) weist darauf hin, daß in dem Saarbrücker Revier sehr viele Arbeiter weit von ihrer Arbeitsstätte wohnen, so daß sie nur Sonntags nach Hause kommen. Sie bringen die Woche in den Schlafhäusern oder als Kostgänger bei Familien zu. Daraus ergeben sich viele Uebelstände, denen die Eisenbahn abhelfen könnte durch Einführung von Arbeiterzügen, den Bau von Sekundär- und Tertiärbahnen und durch Vernehmung der Halteplätze. Besonders bedauert er Hedner eine Secundärbahn von Reumelweiler-Hermesfeld und die Anlage einer Personenhaltestelle in Dieblich bei den Reumelkirchen.

Minister Thielen: Es ist gelungen, mit der oldenburgischen Regierung eine Vereinbarung zu treffen, wonach die Ausgaben für die geforderte Linie wohl in das nächste Anleihegesetz eingestellt werden können. Die Anlage der Haltestelle ist wegen der Kossigkeit des Projekts abgelehnt. Ich will die Sache aber nochmals untersuchen.

Abg. Hammacher (nll.): Der Minister erkennt die Nothwendigkeit der Reform und Ermäßigung der Personentarife und der Rohmaterialtarife an, aber er muß dem Lande gegenüber erklären, daß er diese Reformen nicht durchführen kann. Bei der Einführung des Staatseisenbahnsystems wurde erklärt, daß die Staatsbahnen alle Rücksichten auf Gewinn zurückstellen müßten, die Eisenbahnen sollten in den Dienst der fortschreitenden Entwicklung gestellt werden. Wegen Mangel an Geld müssen alle Reformen unterbleiben. Eine Privatbahn-Gesellschaft, welche solche Ueberschüsse lieferte, wie die Staatsbahnen, würde vom Staate auf Grund des Gesetzes gezwungen werden zu Tarifermäßigungen. Ich beklage es als Anhänger des Staatseisenbahn-Systems, daß wir durch eine Mißwirtschaft in die Lage gekommen sind, daß solche Reformen nicht durchgeführt werden können; weil in Preußen das Geld fehlt, muß die Tarifreform überhaupt zurückgestellt werden. Wir sind an einem todtten Punkt angelangt. In früheren Jahren hat man durch die lex Suene Einnahmen an die Kreise überwiesen; man hat die Einnahmen der Eisenbahnen als dauernde angesehen und danach sich eingerichtet. Das ist geschehen seitens der früheren Regierung, welche durch ihr unvorsichtiges Vorgehen die Staatsbahndirektion in eine ganz gefährliche Lage gebracht hat. Wir müssen jetzt dahin streben, daß die Regierung die Ueberschüsse nicht für allgemeine Staatszwecke verwendet. Es müssen wirkliche Garantien geschaffen werden. Wird dieser Finanzwirtschaft, dieser Verwendung der Eisenbahnüberschüsse nicht ein Ende gemacht, dann bleibt schließlich nichts anderes übrig, als die Eisenbahnen zu verpachten oder zu verkaufen. Das würde ich am meisten bedauern. Noch ist es nicht zu spät die Sachlage zu verbessern. Kein Parlament ist zu Verbesserungen im Stande, wenn die Regierung nicht den Anfang macht. Als letztes Mittel giebt es nur die Bildung einer besonderen Eisenbahnkapital-Schuld, radiziert auf den Eisenbahnen, aber mit der obligatorischen Verpflichtung zur Amortisation, welche nothwendig ist für die Eisenbahn wie für jedes industrielle Werk.

Abg. Bies (Z.) tritt für die Ermäßigung der Tarife ein; die Postverwaltung habe gezeigt, daß durch eine solche Ermäßigung eine Mehreinnahme erzielt werde. Finanzielle Bedenken lägen also nicht vor, aber sozialpolitische Gründe verlangen, daß die Arbeiter billiger fahren, so daß es ihnen möglich ist, in der Stadt zu arbeiten und auf dem Lande zu wohnen. Auch mit Jontentarif sollte einmal ein Versuch gemacht werden; mißglückt er, dann wird die ablehnende Haltung der Regierung gerechtfertigt sein.

Abg. Brömel (fr.): Von allen Seiten ist anerkannt worden, daß man mit dem bisherigen System zu Mißständen gekommen ist, die man schwerer wird beseitigen können. Es scheint bräunlich, als wenn bei den Anhängern der Verstaatlichung eine Art Kagenjammer eingetreten sei. Die Finanzpolitik, welche uns in diese Lage gebracht hat, zeigt eine große Verwandschaft mit der Steuerpolitik im Reiche. Man schaut erst vorher, ohne Rücksicht

der Nothwendigkeit, große Einnahmen und Ueberschüsse, die nachher zu großen Ausgaben Veranlassung gaben. Bezüglich der Reformen der Tarife müssen wir unsere Hoffnung jetzt mehr auf die anderen Staaten als auf Preußen setzen, während es in Oesterreich-Ungarn gerade die Staatsbahnen waren, die den anderen mit einem guten Beispiel vorangingen. Wir müssen die Eisenbahnen loslösen von der Staatsverwaltung und unabhängig machen, wir müssen aber auch und vorkultivieren, damit wir nicht wieder in die Versuchung kommen, die Eisenbahnüberschüsse für allgemeine Staatszwecke zu verwenden.

Minister Thielen: Ich habe in der Kommission bereits erklärt, daß die Regierung die Mischlande vollkommen anerkennt und an ihren Abstellungen arbeiten werde. Die Steigerung der Einnahmen ist keine erheblichere als in früheren Jahren. Der Etat ist kein Blendwerk, welches über das Defizit hinwegtäuschen soll; wir haben uns bemüht, ihn der Wirklichkeit entsprechend zu gestalten. Die Abneigung gegen eine Reform der Personentarife liegt nicht gerade bei Preußen, welches seine Vorschläge den bayerischen Vorschlägen genähert hat, sondern mehr bei den süddeutschen Verwaltungen. Auch der bayerische Eisenbahn-Minister hat erklärt, daß eine Reform der Personentarife mehrere Millionen kosten werde, die man vorläufig besser brauchen könne.

Abg. Graf Limburg-Stürum (L.): Ohne die Verstaatlichung wäre es noch schlimmer geworden, namentlich wären keine Secundärbahnen gebaut worden, an welche die Privatbahnen niemals gedacht haben. Das Publikum wird jetzt besser bedient; wir können hier besser auf den Minister einwirken, als dieser jemals auf die Privatbahnen einzuwirken vermochte. Tarifermäßigungen sind bis zur Höhe von 100 Millionen gemacht worden. Das Garantiegesetz war ein nicht ganz gelungener Versuch; aber wir haben aus den Staatsbahnen keine übermäßigen Ueberschüsse erhalten. Ein Privatindustrieller würde mit diesen Einnahmen nicht zufrieden sein. An dem Versuche, die Ueberschüsse der Eisenbahnen nicht zu allgemeinen Staatsbedürfnissen zu verwenden, will ich mich trotz seiner Ausschließlichkeit beteiligen, aber dagegen möchte ich mich schon jetzt aussprechen, daß eine stark zu tilgende Eisenbahnschuld abgefordert wird von der sonstigen Staatschuld; das würde unseren Kredit schwächen. An der Veräußerung der Eisenbahnüberschüsse sind schließlich alle Vortheile schuld. Die Anforderungen wären doch gekommen. Unsere Verstaatlichungspolitik war eine gute und den Beamten, welche sie durchgeführt haben, danke ich heute noch. (Beifall rechts.)

Auf eine Anregung des Abg. Kose erklärt Minister Thielen, daß er die Provinzialverwaltung von Schlesien mit der Prüfung der Frage betraut habe, ob die Strecke Ratibor-Peterwitz nothwendig sei. In diesem Jahre könne sie wohl nicht mehr in das Anleihegesetz aufgenommen werden.

Die allgemeine Diskussion wird darauf geschlossen; die Diskussion der übrigen Fragen wird darauf um 4 Uhr bis auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Gerichts-Beilage.

Prozess Ahlwardt.

Dritter Verhandlungstag.

Der Präsident, Gerichtsdirektor Brausewetter, eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Beweisnahme wird mit der Vernehmung des Lehrers Zeisinger wieder aufgenommen. Derselbe ist bereits am ersten Verhandlungstermine vernommen worden. Er erklärt, daß er sich durch sein Gewissen gedrungen fühle, seine Aussagen zu ergänzen. Anfang der achtziger Jahre sei er zur Wahl gegangen. Im Wahllokale sei er mit dem Rektor seiner Schule zusammengetroffen. Er habe den Konserativen, der Rektor den Fortschrittlichen Kandidaten gewählt. Nach Abgabe ihrer Stimmen habe der Rektor, der inzwischen längst pensionirt worden sei und dessen Name der Zeuge nicht gern nennen will, den Zeugen bei Seite genommen und ihm wegen seiner Wahl Vorwürfe gemacht. Jemand welche Unannehmlichkeiten oder Nachteile seien ihm aus diesem Vorfall aber nicht erwachsen. Auf Befragen des Bertheidigers, ob der Zeuge nicht seitens seiner Kollegen gegen den Rektor Ahlwardt eingenommen worden sei, erklärt der Zeuge, daß man ihm allerdings gesagt habe, er möge sich von Ahlwardt nicht anborgern lassen. Ahlwardt habe ihn nicht angeborgt, wohl aber hätten die Warner dies gethan. Er habe die Darlehne aber, in einem Falle auf dem Klagenwege, zurückgehalten. Der Zeuge fährt auch einen Fall an, in welchem ein wenig empfehlenswerther Schüler, dessen Wohnung neben einer anderen Schule lag, der Ahlwardtschen Schule überwiesen wurde. Zur Verlesung gelangt das Kapitel: „Das Judenthum in der Berliner Gemeindeverwaltung.“ Es wird darin ausgeführt, daß das Judenthum in Berlin eine ungeheure Macht erhalten habe. Sämmtliche Lehrer und städtische Beamte seien von ihm abhängig und wenn ein solcher eine selbständige Gesinnung vertrat, dann sei seine Beförderung nicht schwer. Der Angeklagte behauptet, daß bei den Anläufen von Grundstücken für städtische Rechnung arge Mißbräuche vorkämen. Auffallend sei es ihm immer gewesen, daß anzukaufende Grundstücke vorher häufig in die Hände von Stadtverordneten oder deren Angehörige gerathen waren und dann mit ungeheureren Nutzen an die Stadt verkauft wurden. Ein hiesiger Arzt habe dem Angeklagten folgendes erzählt: Vermwante von ihm hätten der Stadt wiederholt ein Grundstück zum Kauf angeboten, ohne Erfolg zu haben. Eines Tages wäre ein Herr zu ihnen gekommen und hätte erklärt: „Wenn die Stadt das Grundstück kaufen soll, so muß das Angebot von mir in Ihrem Namen geschrieben sein. Man weiß dann an der betreffenden Stelle schon Bescheid. Wieviel soll ich dabei verdienen? Der Preis kann immerhin etwas erhöht werden.“ Die Deute gingen hierauf ein und es wurden jetzt wirkliche Verhandlungen eröffnet.

Der Angeklagte bemerkt zu diesem Punkt: Eine Anzahl von Zeugen sollen bekunden, daß in Bezug auf Grundstückskäufe die Dinge so liegen, wie er in der Broschüre behauptet. Was speziell den Fall Pincussohn betrifft, so habe der Redakteur der Staatsbürger Zeitung, Dr. Bachler, diese Thatfachen s. Z. fast in demselben Wortlaute mehrfach behauptet, ohne je verflagt worden zu sein. Dr. Bachler habe ihm auch noch persönlich versichert, daß die Thatfache richtig sei. Darnach habe Dr. Hermes sofort nach einer geheimen Sitzung des Magistrats dem Bankier Pincussohn Mittheilung davon gemacht, daß die Stadt beabsichtige, dort eine Markthalle zu errichten, und Pincussohn habe nun das in Frage kommende Grundstück schleunigst angekauft und mit ungeheurerem Nutzen an die Stadt wiederverkauft. Da Herr Pincussohn auf alle Anzuspungen in der Presse Nichts gethan habe, so habe er die Sache für wahr halten müssen. Er halte sie auch noch für wahr und glaube, daß alle Waupläne und sonstigen Projekte, welche Herr Pincussohn zur Verwertung des Grundstücks aufgestellt hatte, nur zum Scheine aufgestellt worden seien.

Zeuge Adolf Pincussohn: Es sei richtig, daß er s. Z. die Grundstücke für die Markthalle in der Dorotheenstraße mit einem Nutzen von 200 000 M. an die Stadt verkauft habe. An diesem Nutzen sei aber auch sein Sozjus beteiligt gewesen. Sie hätten die betr. Grundstücke im Juni 1884 von der Hypothekbank-Mittheilung, mit welcher sie in Verbindung standen, gekauft und beabsichtigten 4 Parzellen daraus zu machen. Sie hätten dieselben auch einem in der Chausseestraße wohnenden Herrn Schulz zum Kaufe angeboten. Als daraus nichts wurde hätten sie versucht, die Bauerlaubnis zu erlangen, dieselbe wurde aber damals nicht erteilt. Sie seien dann mit der Lattersalgs-Gesellschaft in Verkaufsverhandlungen getreten, nachher hätten sie versucht, das Grundstück dadurch zu verwerthen, daß sie die Schadowstraße bis zum Reichstagsufer durchlegen wollten. Sie hätten sich diesfalls

auch das Nachbargrundstück Nr. 30 gesichert und ein Projekt für die Durchführung aufgestellt. Dasselbe sei auch von den städtischen Behörden genehmigt worden, die Polizei habe es ebenfalls genehmigt, dann ging das Projekt an den Arbeitsminister zur Vorlegung an den Kaiser. Fünf oder sechs Monate später sei der Kaiser Salomon zu ihm gekommen, um zu hören, ob er die Grundstücke im Ganzen zu verkaufen geneigt sei. Er habe sich dann den Preis sagen lassen und eröffnete nun erst, daß die Stadt die Grundstücke kaufen möchte. Er, Zeuge, sei dann zu den Stadträthen Kunge, Ebertz und Boigt geladen worden, dort habe er sich bis zu einem bestimmten Termin gebunden, er habe den Herren seine Kaufverträge vorgelegt, der Preis sei herabgedrückt worden und schließlich sei der Verkauf zu Stande gekommen. Zu der Zeit, als er das Grundstück kaufte, habe übrigens ein Beschluß des Markthalen-Kuratoriums vorgelegen, in jener Gegend eine Markthalle nicht zu erbauen. Er erkläre unter seinem Eide, daß weder Dr. Hermes noch irgend ein Stadtverordneter oder ein Magistratsmitglied ihm vor dem Ankauf des Grundstücks Mittheilungen oder Andeutungen über den Plan, dort eine Markthalle zu erbauen, gemacht habe. Er würde Jeden, der so etwas aus geheimer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung verrathen würde, für einen Schurken halten. — Auf die Vorhaltung des Angeklagten, warum er denn auf alle diesbezüglichen Behauptungen der Presse nicht reagirt habe, erklärt der Zeuge: Er habe s. Z. das gesamte Zeitungsmaterial seinem Rechtsanwalte, dem Justizrath Arnold, überreicht und auch die Stenogramme, die er aus den betreffenden Versammlungen habe anfertigen lassen. Nach Ansicht desselben war es aber nicht möglich, die Verleumdungen anzufassen. Er habe dann in einer öffentlichen Versammlung den Herrn Pickenbach gröblich beleidigt, um auf diese Weise denselben vielleicht zu zwingen, die Sache vor Gericht zu bringen. Das sei aber nicht erfolgt. Er habe dann in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung den Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ scharf angegriffen, in der Hoffnung, daß dieser ihn durch eine Klage Gelegenheit geben würde, die Sache vor Gericht klar zu stellen. Darüber seien aber auch schon wieder mehrere Monate vergangen. Die Angriffe seien nur so geschickt gewesen, daß die Beleidiger nie zu fassen waren.

Zeuge Direktor Hermes erklärt, daß er von einer geheimen Verhandlung in Betreff der anzulegenden Markthalle gar nichts wisse. Ein solches Projekt pflegte in geheimer Sitzung auch gar nicht berathen zu werden. Das Markthalen-Kuratorium entwerfe das Projekt und unterbreite es dem Magistrat. Ueber die von den Besitzern anzukaufenden Grundstücke nebst den geforderten Preisen seien schon von dem Kuratorium Verhandlungen gepflogen. Wenn dem Magistrat das Projekt zugehe, so erhalte die Stadtverordneten-Versammlung dasselbe in Form einer Vorlage zu öffentlicher Berathung. Der Zeuge versichert, daß Pincussohn gar keine Ahnung davon haben konnte, daß das Markthalen-Kuratorium auf die von ihm angekauften Grundstücke reflektire. Auf eine Frage des Angeklagten, aus welchen Mittheilungen sich das Markthalen-Kuratorium zusammensetze, erklärt der Zeuge, daß dies aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung geschehe. Er selbst habe dem Kuratorium niemals angehört. Der Angeklagte fragt den Zeugen, weshalb er nicht auf die vielen und fortgesetzten Angriffe in der „Staatsbürger-Zeitung“ mit einer Klage geantwortet habe. Direktor Hermes erwidert, daß dies gegen seine Prinzipien sei.

Ein fernerer Vorwurf der Broschüre gruppirt sich um den Plan des Magistrats, am Urban einen Hafen zu errichten. Die Broschüre behauptet, daß dieser Plan auch den Juden vorzeitig verrathen sei und die Juden die in Frage kommenden Grundstücke angekauft und großartige Profite erzielt haben. Nachdem aus den Akten konstatiert worden, daß die Anlage eines Hafens am Urban noch ganz in der Schwebe ist und großartige Profite noch gar nicht erzielt sein können, läßt der Angeklagte diesen Punkt fallen.

Ein anderer Punkt betrifft ein Grundstück, welches an das Friedrich-Gymnasium in der Friedrichstraße grenzt. Im Jahre 1886 kaufte der Kaufmann Schlegelinger den Garten dieses Grundstücks von dem damaligen Besitzer Fischer. Da der Garten an das erwähnte Gymnasium stieß und es schon lange der Wunsch der Schuldeputation war, den Garten für das Gymnasium zu erwerben, welches nothwendig mehr Licht und Luft brauchte, so wurde der Platz für den Preis von 135 000 M. von Schlegelinger angekauft. Der Angeklagte behauptet nun in seiner Broschüre, daß auch in diesem Falle dem Kaufmann Schlegelinger von einem Eingeweihten durch Bruch des Verschwiegenheits-Gelübnisses Kenntniß davon gegeben sei, daß die Stadt den Garten ankaufen wolle. Schlegelinger habe schnell den Garten von dem derzeitigen Besitzer, Rentier Fischer, gekauft und denselben dann mit einem erheblichen Nutzen an die Stadt weiter veräußert. Diese Behauptung hielt der Angeklagte im Termine vollständig aufrecht. Er behauptete, daß Fischer wiederholt der Stadt den Garten angeboten habe, ohne Erfolg zu erzielen. — Der Zeuge Schlegelinger bestritt, daß er von der Absicht der Stadt Kenntniß gehabt habe. Auch habe er den Garten weit unter dem Kaufpreise abgegeben, den er vielleicht dafür hätte erhalten können. — Zeuge Dopp beklundet zu diesem Falle folgendes: Sein Proturist Adernann habe lange in dem Fischerschen Hause gewohnt. Durch seine Besuche bei Adernann sei er mehrfach mit Fischer ins Gespräch gekommen. Eines Tages habe er sich über den schönen Garten gefreut und da habe Fischer darüber gesagt, daß alle seine Anerbietungen beim Magistrat wegen Ankaufs des Gartens vergeblich gewesen seien. Er sei von Pontius zu Pilatus gelaufen und immer mit Versprechungen hingehalten worden. Als der Magistrat dann den Garten von Schlegelinger zu ungleich höherem Preise angekauft habe, wie er von Fischer zu erwerben war, sei dem Zeugen seine Beschwörung die Aufklärung geworden, daß er seine Offerten nicht in der richtigen Form angebracht habe, derartige Anerbietungen müßten schriftlich eingereicht werden. Der Angeklagte beruft sich auf den Zeugen über Vorgänge, die bei dem Ankauf eines Schulgrundstücks in der Reichenbergerstraße sich ereignet haben sollen. Ein Herr Kroop habe der Stadt ein sehr passendes Grundstück für die Schule angeboten und zwar zu einem Preise von 250 000 M. Die Stadtverordneten-Versammlung habe aber dieses gute Grundstück zu dem billigeren Preise verworfen und dagegen ein Grundstück des Stadtv. Dittmar angekauft, wofür ein Plus von 750 000 M. gezahlt worden sei. Er halte dies für eine ungeheure Vergeudung des städtischen Geldes und betone, daß Herr Kroop nur auf diese Weise abgeholt werden konnte, daß man ihm nachsagte, er habe bei den Verkaufsverhandlungen Unwahrheiten gesagt. Thatsächlich habe aber nur der jetzige Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Strup die Unwahrheit gesagt, als er damals über die Dinge referirte. Der Angeklagte behauptet direkt, daß damals der Stadtv. Dittmar Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung Geld angeboten habe, wenn die Sache in seinem Sinne entschieden würde und beruft sich darüber auf den Zeugen Dopp. — Justizrath Dr. Horwih erklärt, daß er diese ungeheuerliche Verschwendung doch noch besonders ad notam nehmen werde. — Zeuge Dopp beginnt sein Zeugniß mit einer langen Darlegung der Verhältnisse, die nach seiner Meinung bei städtischen Grundstückskäufen obwalten. Er theilt allerlei Episen gegen die Stadtverordneten-Versammlung aus und wiederholt immer wieder, daß allerlei Mischgeschäften bei solchen Dingen mißspielen, daß allemal sicher Alles immer in der allerbesten Ordnung sei, daß aber immer noch allerlei hinter den Kouffisen spiele. In dem Falle des Ankaufs in der Reichenbergerstraße stellt sich der Zeuge ganz auf dem Standpunkt des Angeklagten und beklagt, daß nach seinem und seiner Freunde subjektiver Meinung „unerhörte Schiebungen“ in dieser Angelegenheit Platz gegrißen hätten. Was Herrn Dittmar betrifft, so behauptet Zeuge, daß bei Gelegenheit der Raftvieh-Ausstellung Dittmar sich an ihn ganz auffällig herangedrängt, ihn gefragt habe, was er denn fabrizire, angedeutet habe, daß er auch Wangen gebrauche und ihn nachhens besuchen werde. Thatsächlich habe er auch

bald darauf den Besuch des Herrn Dittmar erhalten und dieser habe allerlei über den Ankauf von Waagen gesprochen und dabei auch angedeutet, daß demnächst auch die Frage des Ankaufs eines Schul-Grundstückes in der Reichsbergerstraße in der Stadtverordneten-Versammlung vorkommen werde und daß er ja auch dort ein Grundstück besitze. Der Zeuge hat dies als einen Besichtigungsversuch aufgefaßt. „Schiebungen“ bei Grundstückskäufen behauptet die Broschüre auch bei dem Ankauf des Terrains für die Margarethenschule. Es wird behauptet, daß, als es sich darum handelte, im Jahre 1884 das Grundstück für die Margarethenschule anzukaufen, Herr Dr. Otto Hermes das betr. Grundstück gekauft und an die Stadt mit großem Vortheil verkauft habe. In dem Vorverfahren hatte Dr. Otto Hermes bekundet, daß er das betr. Grundstück niemals besessen. Der Angeklagte betont jetzt, daß er bei der Vorbereitung zu seiner Broschüre auch zu dem verstorbenen Herrn Ehrenfried Hessel gekommen sei und von diesem die Thatsache über Dr. Hermes erfahren, schließlich aber etwas falsch aufgefaßt habe. Herr Hessel habe ihm tatsächlich nur gesagt, daß bei dem Ankauf des Grundstückes für die Margarethenschule sehr große Gelder nebenher geflossen seien und Dr. Hermes und der verstorbenen Stadtrat Heger sich durch Beschaffung von Schulschulden große Vortheile verschafft haben. — Dr. Hermes, hierüber vernommen, bekundet hierzu: Alles dies sei eine absolute Unwahrheit und an der ganzen Sache sei kein wahres Wort. Er habe niemals um die qu. Grundstücke gehandelt, habe auch nie den Stadtrat Heger oder sonst eine andere Person damit beauftragt, für ihn darum zu handeln. Er habe nie in seinem Leben solche Geschäfte gemacht, ob irgend einer seiner Verwandten um das Grundstück gehandelt, wisse er absolut nicht und aus den Vorverhandlungen über die Margarethenschule sei ihm Nichts bekannt.

Der Angeklagte bittet nunmehr, den offiziellen Agenten für Grundstücks-Ankäufe durch die Stadt, Kunstgärtner Schmidt, zu vernehmen, welcher über die Schiedungen bei Grundstückskäufen noch nähere Auskunft geben könne. Der Präsident bemerkt, daß man doch nicht halb Berlin schließlich vernehmen könne. Die verhandelten drei Fälle seien doch genug. Der Angeklagte meint aber, daß er noch ca. 40 Fälle zur Verfügung habe. Der Präsident giebt aber doch anheim, die Sache nicht zu weit auszuweihen. Eine weitere Beweisaufnahme nach dieser Richtung hin würde dem Angeklagten kaum viel nützen, denn es würde doch schließlich nichts weiter herauskommen als allgemeine Vermuthungen und subjektive Verdachtsmomente. Einzelnes, was der Angeklagte behauptet habe, sei ja erwiesen, und es werde dem Gerichtshofe überlassen bleiben müssen, seine Schlüsse daraus zu ziehen. — Justizrath H o r w i t z erhebt Einspruch gegen eine Fortsetzung der Beweisaufnahme in dieser Weise. Wenn hier fortgesetzt neue Zeugen vorgefordert werden, welche es sich zur Aufgabe machen, die städtischen Behörden aufs Allerheiligste zu kompromittiren, dann müsse er von seinem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machen, die Sache zu vertragen und ihm durch Benennung der Zeugen Gelegenheit zu geben, sich über deren Qualifikation und Glaubwürdigkeit zu unterrichten. Diese ganz einseitige Produktion von Zeugen, welche den städtischen Behörden etwas an Zeuge flicken wollen, könne um so weniger fortgesetzt werden, als von Seiten des Präsidenten schon das Wort gefallen, daß einzelne der Behauptungen des Angeklagten erwiesen seien. Er könne durchaus nicht zugeben, daß Konkurrenten und Personen, die bei Submissions-Verwerbungen unterlegen sind, hier im Stande sein sollen, etwas für die Stadtverwaltung Nachtheiliges zu erweisen. Er würde gegen eine Fortsetzung dieses sogenannten contradictorischen in Wirklichkeit aber höchst einseitigen Verfahrens Einsprache erheben müssen. — Der Präsident bittet, ihn nicht mißzuverstehen. Mit dem Ausdruck „erwiesen“ habe er nur sagen wollen, daß über die Thatsachen, die der Angeklagte behauptet, die vorhandenen Zeugen in den betreffenden Fällen vernommen worden seien. Er habe gleich hinzugefügt, daß die Schlussfolgerungen aus der Beweisführung der Gerichtshof sich vorbehalten müsse. Der Präsident macht den Angeklagten nochmals darauf aufmerksam, daß in der That aus solcher Beweisführung nicht viel herauskommen könne, da es sich doch immer nur um allgemeine Behauptungen handeln könne.

Der Verteidiger stellt den Antrag, noch drei Direktoren hiesiger Gemeindefchulen zu laden. Bei seiner gestrigen Vernehmung habe der Zeuge Hermes erklärt, daß er Gespräche über die Abstammung Christi nur mit Kandidaten geführt habe, welche für die höheren Schulen bestimmt waren. Die vorgeschlagenen Zeugen würden das Gegentheil bekunden. Der Rektor Hoffmann von der 110. Gemeindefchule würde bekunden, daß Dr. Hermes denselben bei seinem dienstlichen Besuche gefragt habe, wie er zum zweiten Artikel stehe. Hoffmann habe geantwortet: „ich glaube an Jesus Christus“, woraus Dr. Hermes seine Stellung zu dem Artikel in der erwähnten Weise ausgesprochen habe. Ferner will der Verteidiger zwei andere Direktoren hiesiger Gemeindefchulen darüber vernommen haben, daß dieselben bei ihren Bewerbungsgesuchen bei dem früheren Stadtv. Kreißling, welcher auch Mitglied der Schuldeputation war, von demselben nach ihrer politischen Gesinnung befragt wurden. Kreißling habe dabei geäußert: „Gesinnungsgenossen von Sticker können wir nicht gebrauchen.“

Justizrath H o r w i t z erklärt, daß er den Zeugen Hermes in diesem Punkte ganz ruhig preisgeben und als möglich zugeben wolle, daß die Äußerungen seitens desselben gefallen seien. Der Präsident hält den Antrag des Verteidigers nicht für wesentlich. Es sei wohl kein Zweifel darüber, daß die gestern an Gerichtsstelle abgegebene Erklärung des Zeugen Hermes, er halte die Abstammung Christi für ein Märchen, bei keinem Mitgliede des Gerichtshofes Wohlgefallen erregt habe. Es könne ausfallen, daß ein Mann von solchen Anschauungen Mitglied der Schuldeputation sei. Der Zeuge Hermes könne ja selbst über diesen Punkt vernommen werden. — Zeuge Hermes bestätigt, daß er vielleicht bei den Besuchen der Kandidaten, welche für höhere Schulen bestimmt waren, ein philosophisch-wissenschaftliches Gespräch geführt habe, wobei er seine Anschauung in der erwähnten Weise geäußert, er habe damit aber keinen Einfluß auf die Besucher ausüben wollen und glaube vor allen Dingen nicht, daß er die Taktlosigkeit begangen habe, eine solche Äußerung zu Lehrern von Gemeindefchulen zu thun. — Der Angeklagte zieht hierauf seinen Antrag auf Ladung weiterer Zeugen zurück.

Der Angeklagte behauptet, daß sämtliche in den letzten zehn Jahren zu Direktoren gewordenen Lehrer sich einem solchen Examen bei Dr. Hermes unterworfen müßten. Er werden noch der Lehrer Galle und der frühere Stadtv. verordnete West vernommen, deren Aussage indessen nicht von Belang ist.

Der Angeklagte verliest nun ein ihm zugegangenes Schreiben, in welchem behauptet wird, daß beim Verkauf der Mühlengrundstücke durch die Preussische Bodencredit-Bank 75 000 M. an Magistratsbeamte gezahlt worden seien und zwar in Posten von 5000 bis 15 000 M. Der Direktor Demoit werde diese Thatsache als Zeuge bestätigen müssen, außerdem werde der Mann vorgeführt werden können, in dessen Händen die Kouvets für die einzelnen Beamten gesehen worden sind. — Justizrath H o r w i t z läßt auch hier keinen Zweifel darüber, daß er im Falle der Beweisüberhebung nach dieser Richtung hin die Vertagung beantragen müsse, um auch Gegenbeweise zu erbringen. Er hege gar keinen Zweifel darüber, daß bei weiterer Beweisüberhebung über dieses Thema schließlich nur Aufschuldigungen von demselben Kaliber sich entpuppen dürften, wie die bisherigen. — Nachdem der Präsident dem Angeklagten klar gemacht, daß eine Vertagung oder Trennung der Anklage ihm keinerlei Vortheile bringen würde, verzichtet der Angeklagte auf eine Erhebung der betreffenden Beweise.

Zu der gestern von dem Zeugen Dopp aufgestellten Be-

hauptung, daß ihm gegenüber seitens der Stadt bei einer Submissionslieferung nicht unparteiisch verfahren sei, wird der technische Direktor der städtischen Gaswerke, Reischer, befragt. Derselbe giebt an, daß die Nichtannahme der Dopp'schen Offerte — es handelte sich um die Lieferung einer Centesimalwaage — lediglich aus technischen Gründen erfolgte, die politische Gesinnung des Submittenten komme dabei gar nicht in Betracht, wie die Stadt überhaupt hierauf bei der Vergabe von Arbeiten oder bei der Lieferung von Material keine Rücksicht nehme. —

Es folgt der Fall, in dem es sich um Beleidigung des Lehrers Klopstsch handelt. Der Angeklagte erzählt in seiner Broschüre, daß Klopstsch ihn wider besseres Wissen der Unterschlagung bezichtigt habe, um ihn in Gemeinschaft mit den übrigen ihm feindselig gesinnten Lehrern zu verderben. Der Angeklagte behauptet, daß er am 1. April 1885 durch den Schuldner die Gehälter für sämtliche Lehrer in Empfang genommen habe, um sie den Betreffenden auszuhandigen. Klopstsch habe an jenem Tage Urlaub gehabt und er habe deshalb dessen Gehalt noch an sich behalten. Als Klopstsch zurückkehrte, habe derselbe ihm von einer Erbschaft erzählt, die er gemacht und da habe der Angeklagte ihn gebeten, ihm sein Gehalt in Höhe von 300 M. noch einige Tage als Darlehn zu belassen. Klopstsch habe gern eingewilligt. Der Angeklagte konnte ihm das Geld nach einigen Tagen nicht ganz zurückgeben, sondern nur die Hälfte, der Rest wurde erst in Raten gezahlt und nach einem halben Jahre war die Schuld getilgt. Als dann nach 4 Jahren der Streit des Angeklagten mit seinem Lehrer-Kollegen stattfand, benutzte der Lehrer Berner — wie der Angeklagte annimmt, von Klopstsch dazu beeinflusst — den vorstehenden Sachverhalt, um ihm Unterschlagung an dem Gehalte Klopstsch's vorzuwerfen. Die Folge war, daß der Angeklagte sich damals thätlich an den Lehrer Berner vergriff. Der Schilderung dieser Vorgänge widmet der Angeklagte in seinem Buche ein ganzes Kapitel, welches eine Menge Beleidigungen des Lehrers Klopstsch enthält.

Während der Angeklagte dabei bleibt, daß seine Schilderung der Wahrheit entspricht, behauptet der Zeuge Klopstsch, daß der Sachverhalt vollständig entstellt ist. Der Angeklagte habe sich sein, Klopstsch's, Gehalt von dem Schuldner geholt und dann erklärt, daß er es für sich habe verbrauchen müssen. Der Zeuge habe aus Mitleid für seinen Vorgesetzten geschwiegen, trotzdem er durch dessen Verhalten in die ärgste Verlegenheit gebracht worden sei. Der Angeklagte habe ihn auch wiederholt darum gebeten, über den Vorfall zu schweigen, dies sei aber nicht möglich gewesen, weil er genöthigt gewesen sei, bei seinen Kollegen um Darlehen anzusprechen. An der Mitteilung von der Erbschaft, die er dem Angeklagten gemacht haben soll, sei kein wahres Wort. —

Am Schlusse der Vernehmung dieses Zeugen fragt der Angeklagte denselben, ob er den Strafantrag nicht zurückziehen wolle, der Zeuge erwidert, daß er hierzu außer Stande sei. Der Fabrikant T h o m a s wird hierauf darüber vernommen, ob er dem Angeklagten wirklich zum Geburtsstage seines Kindes 1000 M. geschickt habe. Der Lehrer Berner hatte bekanntlich unter dem Widerspruch des Angeklagten behauptet, der letztere habe ihm eine dahingehende Mitteilung gemacht. Zeuge T h o m a s erklärt, daß er dem Angeklagten 1000 M. nicht geschickt habe. Derselbe habe sich in der Angelegenheit der Beschaffung des Kommerzienrath-Titels niemals an ihn gewandt, um Gelder für sich dabei herauszuschlagen, dagegen habe er denselben Gelder auf Wechsel geliehen, und von letzteren sei erst ein Theil eingelöst. — Der Angeklagte behauptet, daß die Gesichte von den 1000 M. erst jetzt von dem Zeugen Berner erstanden sei, um ihn zu diskreditiren. Sein Kind sei am 4. Juli 1888 geboren und der Zeuge Thomas werde beständigen Mühen, daß er sich damals in Süddeutschland aufgehalten habe. Dorthin sei ihm ein Brief — von der Hand der Lehrer Berner und Stargardt geschrieben — nachgeschickt worden, in welchem er, Angeklagter, aufs Schmachvollste verdächtigt worden sei. Herr Thomas habe ihm damals den Brief geschickt und er bestreite absolut, geäußert zu haben, daß Herr Thomas ihm zum Geburtsstage seines Kindes 1000 M. zugesandt habe. Er müsse diese Behauptung als einen Faltschwind des Herrn Berner bezeichnen. — Zeuge T h o m a s entsetzt sich davor, einmal einen solchen Brief erhalten zu haben, wie ihn der Angeklagte erwähnte, weiß aber nicht wann und durch wen. — Lehrer Berner bleibt dabei, daß seine Bekundung richtig sei.

Der Staatsanwalt verlangt noch die kommissarische Vernehmung des erkrankten Lehrers J a n d e r über eine Behauptung, die in der Broschüre steht. Es wird da mitgeteilt, daß der verstorbene Rektor Jizki versucht habe, dem Lehrer J. direkt zu einem Verbrechen anzuknüpfen und ihm dabei gesagt haben, er würde sich den Dank der Schuldeputation erwerben, wenn er mit Hilfe, den Rektor Alwardt unschädlich zu machen. — Der Staatsanwalt meint, daß dieser Behauptung die Unwahrheit so deutlich an der Stirn geschrieben stehe, daß er auf die Vernehmung des J. bestehen müsse. — Der Gerichtshof beschließt, zur Vernehmung des Lehrers J. einen Termin auf Nachmittag anzusetzen und die Fortsetzung der Verhandlung auf Montag, den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr, zu vertragen.

Soziale Ueberblick.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben, daß im Gegensatz zu der Meldung der Hamburger Generalkommission von einem Streik in der Armaturenfabrik von A. Wagner in Chemnitz, welcher Nachricht hinzugefügt war: „Unterstützung ist dringend notwendig. Adresse A. Sommer, Chemnitz, Mühlenstr. 18, 1. Etage“ — nichts bekannt sei. Insofern wüßte der Chemnitzer Vertrauensmann der Metallarbeiter-Organisation nichts davon, obwohl einige Arbeiter der genannten Firma Mitglieder der Organisation wären. Der als Streikleiter angeführte Herr A. Sommer sei den gewerkschaftlich und politisch organisierten Chemnitzer Arbeitern vollständig unbekannt. Die Redaktionen der Parteiblätter, welche die Meldung der Hamburger Generalkommission gleichfalls brachten, werden ersucht, von Vorstehendem Akt zu nehmen.

Aufruf an die Arbeiter- u. Arbeiterinnen-Vereine Berlins. Sie alle wissen, daß am 2. November v. J. die Buchdrucker in den Kampf um den Reinstundenlohn eintreten und an demselben sich auch die Buchdrucker-Hilfsarbeiterinnen beteiligten. Treu und fest standen sie zur Fahne und haben es an Opferfreudigkeit gleichfalls nicht fehlen lassen. Leider ist der Streik zu Ungunsten der Buchdrucker ausgefallen. Genossen und Genossinnen! Wir alle sind Ihnen zu hohem Dank verpflichtet für die uns erwiesene materielle Unterstützung und doch müssen wir noch einmal und namentlich an die Arbeiterinnen-Organisationen mit der Bitte um weitere Beihilfe herantreten. Unsere Organisation ist noch zu jung, um aus eigenen Mitteln all die jetzt noch außer Arbeit befindlichen und mit Noth, Entbehrung und Hunger kämpfenden Kolleginnen unterstützen zu können, die oftmals nicht wissen, wovon sie sich satt essen sollen. Wohl ist uns bekannt, daß die wirtschaftliche Lage zur Zeit in allen Gewerben eine ungünstige ist; aber ein altes Sprichwort sagt richtig: Die Wenig machen ein Viel, und doppelt dankbar sind wir Ihnen, wenn Sie uns in die Lage versetzen, für die Opfer des Streiks sorgen zu können. Ein Theil der Buchdruckerbesitzer möchte die Organisation der Hilfsarbeiterinnen zerstoren und nimmt deshalb lieber ungelertes

Personal, ehe er Hilfsarbeiterinnen, die treu zum Verein halten, engagirt. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Geldsendungen sind zu richten am Montag Abend von 5-7, am Sonnabend Abend von 6-8, an den übrigen Wochentagen von 8-2 Uhr an den Arbeitsnachweis der Hilfsarbeiterinnen, Trebbenerstraße 116, an die Kassirerin Frau Mathilde Sabat, (Wohnung: Bülowstraße 51, Hof rechts 4 Treppen.)

Verein der an Buch- und Steindruck-Schnellpressen beschäftigten Hilfsarbeiterinnen. Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Sämmtliche Bauwirker der Firma Heinrich Niebhaus in Konradorf, 29 an der Zahl, sind am verfloffenen Sonnabend plötzlich entlassen, also ausgesperrt worden, weil sie infolge des Versuchs der Firma, einen neuen Zahlmodus einzuführen, mit Niederlegung der Arbeit drohten. Um Fernhaltung des Zuzuges bittet

Das Agitations-Komitee der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin).

Die Vergleute des Gelsenkirchener Reviers haben sich dem Gewerkschafts-Kartell angeschlossen.

Zur Gewerbenovelle. Dem Bundesrathe sind noch zwei durch die neue, vom 1. April d. J. ab zur Geltung kommende Fassung des Titels VII der Gewerbe-Ordnung erriordentlich gewordene Entwürfe von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zugegangen. Der eine bezieht sich auf Zichorienfabriken. Danach sollen künftig in den bezeichneten Arbeiterkategorien in Pflanzen, in welchen Wurzeln im Betrieb sind, während der Dauer des Betriebes eine Beschäftigung nicht gestattet und der Aufenthalt nicht gestattet werden. Das Verbot ist mit Rücksicht auf die in den Bürarräumen herrschende hohe Temperatur (30° R.), sowie auf die daselbst entwickelten dem weiblichen Organismus schädlichen Gase ausgesprochen worden. Der zweite Entwurf betrifft die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glasfabriken. Für diese besteht schon eine Bekanntmachung des Bundesrathe vom 23. April 1879. Der neue Entwurf trifft verschiedene Änderungen an der letzteren. Während bisher der Aufenthalt in den Ofenräumen nur den jugendlichen Arbeiterinnen verboten war, soll das Verbot nunmehr auf alle Arbeiterinnen erstreckt werden. Außerdem wird verlangt, daß, wenn jugendliche Arbeiter henderlei Geschlechts in den zulässigen Grenzen in den Glasfabriken beschäftigt werden sollen, durch das Zeugniß eines von der höheren Verwaltungsbehörde zur Ausstellung solcher Zeugnisse ermächtigten Arztes dargethan sein muß, daß die körperliche Entwicklung des Arbeiters eine Beschäftigung in der Hitze ohne Gefahr für die Gesundheit zuläßt. Des Weiteren ist der bisher gemachte Unterschied zwischen Glasfabriken mit ununterbrochenem Nacht- und Tagebetriebe und mit zeitweiligen Betriebsunterbrechungen aufgehoben und statt dessen zwischen Glasfabriken, in denen die Glasmasse gleichzeitig geschmolzen und verarbeitet wird, und solchen, in denen die Schmelzhütte und die Verarbeitungsstätte mit einander wechseln, unterschieden. Bezüglich beider beschränkt sich der Entwurf auf diejenigen Änderungen, welche die dem 1894 der neuesten Gewerbe-Ordnungs-Novelle gegebene Fassung erfordert. So ist die Vorschrift aufgenommen, daß die Nacharbeit, welche in 24 Stunden die Dauer von 10 Stunden nicht überschreiten darf und jede Schicht durch eine oder mehrere Pausen in der Gesamtdauer von mindestens einer Stunde unterbrochen sein muß. Ferner ist für die Glasfabriken der ersten Art regelmäßiger wöchentlicher Schichtenwechsel angeordnet, während betriebs der anderen Hütten, auf welche diese Bestimmung nicht anwendbar ist, die bisher nur für Knaben bestehende Vorschrift, daß innerhalb zweier Wochen von der Gesamtdauer der Beschäftigung auf die Zeit von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht mehr als die Hälfte fallen dürfe, auf junge Leute ausgedehnt worden ist. Endlich ist die bisherige Bestimmung für die zweite Kategorie der Glasfabriken, daß die Gesamtdauer der Beschäftigung der Knaben innerhalb zweier Wochen nicht mehr als 72 Stunden betragen dürfe, durch die Vorschrift ersetzt, daß die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit der Knaben 36 Stunden nicht überschreiten darf. — Für beide Entwürfe ist eine Dauer von 10 Jahren vorgesehen. Nebenbei bestehen im Deutschen Reich 178 Zichorien-Fabriken mit 5071 Arbeitern, wobei an 129 Fabriken 2063 weibliche Arbeiter kommen. In 101 Anlagen ist ausschließlich Tagarbeit, nur 20 preussische Fabriken (darunter 18 im Regierungsbezirk Magdeburg), 3 in der bairischen Pfalz, und 5 in Baden, haben für 266 Arbeiterinnen Tag- und Nachtschichten, meist bei dauerndem Tagbetriebe; davon entfallen 157 Arbeiterinnen auf Preußen, 82 auf Bayern und 27 auf Baden.

Der große Streik der Londoner Kohlenträger, welcher in der Hauptsache beendet ist, hatte nach dem „Trade Unionist“ in Folgendem seine Ursache: Der Unterneuber-Verband erließ ein Zirkular, in welchem seine Mitglieder aufgefordert wurden, um dem angeblichen „Terrorismus der Unionsleute“ entgegen zu arbeiten und die „Freiheit der Arbeit“ angeblich zu schützen, bei Einstellung von Arbeitern sich jedes Mal erst durch Erkundigung bei deren früheren Unternehmern darüber zu vergewissern, ob die Arbeiter etwa entlassen wurden, weil sie als Streikführer, Agitatoren oder sonst wie sich unliebsam gemacht hätten. Die Kohlenträger antworteten mit dem Streik, und die Kohlenhändler mußten von ihrem Plane absehen.

Veranstaltungen.

Zu einer Versammlung der arbeitslosen Maler und Antreiber, welche gestern Morgen im Saale von Grätwell's Bierhallen stattfand, und wozu mehr Arbeitslose erschienen waren, als der Saal fassen konnte, führte Herr S c h w e i g e r über die Lage der Arbeiter der Malerbranche aus, wenn die Maler und Antreiber sonst im Februar in kleinen Städten vielfach schon Arbeit hatten, so habe jetzt der Maler und Antreiber, wenn er zum Frühlings wirtsch. Arbeit erhält, vielfach bis zum April zu thun und dann könne er von Ostern bis Pfingsten und häufig noch länger wieder feiern. Darauf komme die sogenannte Saison, in der ein Ueberflusse stattfindet; aber wenn die Arbeiter wenigstens dafür ordentlich bezahlt würden! Man zwänge ihnen aber auch noch so viel wie möglich vom Lohn ab. Diesen Uebelständen gegenüber müssen die zahlreichen Arbeitslosen sich zu einem nachhaltigen Proteste vereinigen dadurch, daß sie die Versammlungen der Arbeitslosen sammt und sonders besuchen. Redner verwies dann auf den Lohn, mit welchem die Maler und Antreiber stellenweise behandelt werden. Die Arbeitslosigkeit und die daraus resultirende Noth könne nur beseitigt werden durch Abschaffung der gegenwärtigen Produktionsform. Vorläufig wollten die Maler eine Besserung durch Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen. Daran solle Jeder mitarbeiten. In der Diskussion wies Herr Pohlwegler auf die Hoffnungslosigkeit des Versuchs hin, durch Förderung der Religion die Sozialdemokratie bekämpfen zu wollen, und wies nach, daß auch im Malergewerbe das Kleinhandwerk untergeht und durch die höhere Ausbildung, welche den Kollegen in den Fach- und Kunstschulen geboten wird, jetzt nur den Unternehmern Vortheile erwachsen, indem diesen die früher seltenen sogenannten Halbknipfler so zahlreich zur Verfügung stehen, daß sie für schwere Arbeiten den ehemals guten Lohn nicht mehr zu zahlen brauchen. Durch die vielen besonders gut ausgebildeten Maler sei im Malergewerbe die Theilarbeit und im Gefolge derselben die Ueberarbeit eingerissen, welche die Arbeitslosigkeit förderten und schlaumer wirkten als in anderen Gewerben die Maschinen. Redner verwies

zugeben, zu welchem Zweck Sie den Schein brauchen. Schreiben Sie nochmals an das Pfarramt und wiederholen Sie Ihr Verlangen. Gebühren und Porto müssen Sie nochmals beifügen. Erhalten Sie keine Antwort, dann wenden Sie sich an die Orts-Polizeibehörde unter Darlegung des Sachverhalts, die dann schon das Weitere veranlassen wird. Die Herausgabe des Lauscheins darf Ihnen unter keinen Umständen verweigert werden.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Differenzen mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft noch keineswegs beigelegt sind. Zugug ist auf das Strengste fernzuhalten; die ganze Angelegenheit wird übrigens in einer demnächst erscheinenden Verammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zur Erörterung gelangen.

Zwei von der großen Noth zeugende Vorgänge wurden von einem Freunde unseres Blattes in der Stallschreiberstraße unmittelbar nach einander beobachtet. Ein Mann brach in einem Hausflur erschöpft zusammen. Als man ihn durch Kaffee und nachher durch Speisen wieder zur Besinnung gebracht hatte, erzählte er, daß er seit zwei Tagen nichts gegessen habe. Einige Dabeistehende hatten den Mann für betrunken erklärt und gemeint, daß man solche Leute sich selbst überlassen müsse. Sei einem Bäcker in derselben Straße verlangte ein Mann zwei Brote à 40 Pfennige. Nach Empfang der Brote drückte er dem Bäcker verstorben ein Geldstück in die Hand und verschwand eilig. Der Bäcker sah jetzt, daß er nur ein Zweipfennigstück bekommen hatte, sagte sich aber, daß um zwei Brote doch nur ein sehr Hungeriger betrügt und nahm von einer Verfolgung Abstand.

Ein Beitrag zum Stelenschwindel. Von Zeit zu Zeit erscheinen in den Blättern Inserate, welche besagen, daß der Inhaber des Agentengeschäfts von A. Rosinger in Budapest in der Lage ist, deutsche Sekretäre bei deutschen Grafen in Ungarn unterzubringen. Auf eine Anfrage, welche der Schreiber dieser Zeilen an Herrn Rosinger richtete, kam folgende Antwort:

„Sehr geehrter Herr! Bezüglich Ihres Gesuchtes, theils höflich mit, daß ich gerne bereit bin, Sie als ersten passenden Kandidaten auf die deutsche Sekretärstelle, zu einem deutschen Grafen nach Ober-Ungarn, dauernde Anstellung, Gehalt 1800 Gulden Ob. W. pro anno, freie Wohnung, freie Reise und am 15. Februar l. J. antretend zu plazieren. — Es ist selbstverständlich, daß ich wegen rascher und bestimmter Abwicklung ständige Stelle persönlich mit dem Herrn Grafen Rücksprache nehmen muß und daher auf sein Verbleib, wo er vorläufig weilt, zu reisen genöthigt bin. In Anbetracht dessen, daß diese Reise mit Ausgaben verbunden ist, haben Sie an mir — wenn Sie auf ständige Stelle reflektieren — mit umgehender Post eine Offerte unter Hochwohlgeborenen Herr Graf, worin Sie Ihren Lebenslauf beschreiben mit Angabe Ihrer Referenzen, die Abschriften Ihrer Zeugnisse, Bild sammt — 12 Mk. — zur theilweisen Bedeckung der diesbezüglichen Reise einzulegen, damit ich alles Nöthige veranlassen kann, um die Angelegenheit rasch und günstig erledigen zu können, denn nur in diesem Falle kann ich genügende Garantie leisten, daß meine Mühe mit Erfolg gekrönt wird.“

Mein Honorar ist 5 Pct. vom ersten Jahresgehalt nach Eintritt der Stelle zu bezahlen. Hochachtungsvoll Rosinger.“

Selbstredend ist das Anerbieten nichts weiter als Schwindel. Der Herr Agent wünscht eben nur recht oft die 12.— Mk. „Reisekosten“ einzubehalten.

Vater und Sohn. Eine hiesige Lokalkorrespondenz berichtet: Der Sohn eines angesehenen Regierungsbeamten aus einer mährischen Provinzialstadt war hier als Kaufmann in Stellung. Sein auskömmliches Salair reichte jedoch für die noblen Passionen, welchen der junge Mann fröhnte, nicht aus, so daß er erhebliche Zuschüsse brauchte, die der Vater bisher stets bewilligt hatte. Vor einigen Wochen brauchte der junge Ledemann wiederum Geld zur Regularisierung von Ehrenschulden. Er telegraphirte deshalb an den Vater: „Vater Papa! Ich brauche Geld! Du mußt mir helfen, sonst muß ich mich todtschießen!“ Schon mit dem nächsten Zuge traf der Vater hier ein und suchte den Sohn in dessen Wohnung auf: „Pöber“, sagte er dem Sohne, „Du brauchst wieder einmal Geld, viel Geld! Um Dir die verlangte Summe geben zu können, müßte ich die mir anvertraute Kasse bestehlen und mich dann erschließen. Dann würden Deine Mutter und Geschwister, deren Ersparnisse Du bereits bis zum letzten Heller ausgezehrt hast, vollständig ruiniert sein. Ich habe jedoch keine Lust, mich Demeinthalben todtschießen zu lassen; da Du das aber thun willst, so habe ich Dir meinen Revolver mitgebracht, nimm ihn hin und thue, was Du nicht lassen kannst!“ Damit drückte er dem jungen Manne die Waffe in die Hand und entfernte sich ohne Abschied. Das war vor einigen Wochen. Der junge Mann hat sich seitdem demüthigt, anderweit seine Verpflichtungen zu begleichen, jedoch vergeblich, und nun hat er von des Vaters Waffe Gebrauch gemacht. Der Polizeibericht registrierte dies vor einigen Tagen in seiner bekannten Manier.

Unfugliche Mühe verursachte vorgestern Nachmittag die Rettung eines Knaben, welcher nahe daran war, in der Scharten-Lanke zwischen Picheldorf und Weimischerhorn zu ertrinken. Der 5jährige Sohn des Arbeiters Perlit in Picheldorf hatte sich auf das Eis begeben und war mehrere hundert Fuß vom Ufer entfernt eingebrochen. Der Vorfall war bemerkt worden, und auf die Hilferufe verschiedener Personen kam Herr Ingenieur Mehlgarten von der Krabngesellschaft mit mehreren Kapitänen herbei. Man sah in der Ferne den Körper des Knaben noch mehrmals an der Oberfläche des Wassers antauchen. Die Hilfeleistung war hier für denjenigen, der sich dieser Arbeit unterzog, mit großer Lebensgefahr verknüpft, wenn das Eis, welches schon einen Knaben nicht mehr zu tragen vermochte, müßte unter einem Erwachsenen erst recht zusammenbrechen. Unter Anleitung des Herrn Mehlgarten wurden die Rettungsarbeiten trotzdem unverzüglich in Angriff genommen. Der Kapitän Ludwigs verließ sich mit einem Rettungsboot, und nachdem er am Tau zwischen sich und den am Lande stehenden Personen eine Verbindung bewerkstelligt hatte, betrat er beifolgsam die Eisfläche und brachte sich in liegender Stellung dem Knaben näher. Nach einigen Minuten hatte er die Stelle erreicht, und mittelst eines Halses konnte er den scheinbar völlig leblosen Körper erfassen und zu sich heranziehen. In derselben Weise, wie der unerschrockene Retter bis zur Unfallstelle gelangt war, kroch er wieder nach dem Ufer zurück. Der regungslose Körper wurde darauf in das Haus der Krabngesellschaft getragen, wo der Ingenieur Wiederbelebungsvorläufe mit dem Knaben anstellte. Obwohl letzterer etwa sieben Minuten im Wasser gelegen hatte, waren die Bemühungen doch von Erfolg. Der Knabe kam allmählich wieder zu sich und wurde später von seiner inzwischen benachrichtigten Mutter abgeholt.

Ein brutaler Mordfall, dessen Mollo unauflöslich ist, ist vorgestern auf die Frau des Zigarrenhändlers Wächter, Gläckerstraße 39, verübt worden. Während die Frau sich allein im Laden befand, erschien ein Arbeiter, verlangte eine Zigarre und stellte die Frau zur Rede, wie sie dazu käme, seine Schwiegermutter zu schikanieren. Die Frau antwortete, von einer derartigen Frau gar keine Ahnung zu haben. Mäßig öffnete sich die Thüre und herein stürzte ein unerkanntes, robustes Weib, eilte auf Frau W. zu und versuchte, indem sie nach der Kehle derselben griff, sie zu erwürgen. Mit der Kraft der Verzweiflung riß sich die Gefährdete jedoch los und stürzte nach dem Hausflur. Die Unbekannte war ihr aber auf dem Fuße gefolgt, riß die W. am Fuße der Treppe zu Boden und schlug wie tobend auf dieselbe ein, zerhaute ihr die Haare und zertrachte ihr Hals und Gesicht in schauerlicher Weise. Erst durch Lärm und Ansturm eines Kaufmanns wurde die Angegriffene aus der gefährlichen Lage befreit und polizeiliche Hilfe requirirt. Das Weib wie der unbekannt Mann

wurden noch bestiger Gegenweh festgenommen und zur Wache sührt, woselbst man selbige als einen Arbeiter St. und eine Frau P. aus der Arndtstraße rekonnozirte. Ob hier ein Mordakt vorliegt oder ob eine Verabredung geplant war, werden die polizeilichen Recherchen wohl demnächst ergeben. Frau W. befindet sich in ärztlicher Behandlung.

Verbraucht. Ein einschlicher Unglücksfall hat sich am Dienstag Abend in der Familie des in der Frankfurterstraße wohnenden Monteurs Brunow ereignet. Die einzige 13jährige Tochter desselben war von einer Freundin zum Maßenball eingeladen worden, auf den sie sich schon tagelang vorher gefreut hatte. Gegen 7 Uhr zog sie sich nun ihr Kostüm, das kurz vorher mit Benzin und Oel gereinigt worden war, an, und ließ sich von ihrer Freundin mit der brennenden Petroleumlampe den Sitz des Kostüms ringherum beleuchten. Wahrscheinlich ist nun hierbei das Mädchen mit der Lampe zu nahe an das Kostüm herangerathen, denn mit einem Male spritzte Feuer und im Nu stand Fräulein G. in Flammen. Sofort eilten die bestürzten Eltern des Mädchens herbei, und der Vater warf sofort mehrere Mäntel und Ueberzieher auf seine brennende Tochter, wodurch die Flammen erstickt wurden. Leider hatte aber das arme Mädchen so schwere Verletzungen und Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen, daß es auf Anordnung eines hinzugerufenen Arztes nach Anlegung von Nothverbänden nach der Charitee geschafft werden mußte.

Ein Schwindel, dem ausschließlich Diensthöten zum Opfer gefallen sind, ist in letzter Zeit in großem Umfange betrieben worden. Ein junger Mann ohne Bart, schlank und dunkelblond, erscheint in der Wohnung und bietet dem Mädchen einen Hinter-treppentrommel mit dem vielversprechenden Titel: „Der Barbar aus Liebe“ zum Kauf an, das Heft zum Preise von 10 Pf. Wenn die Mädchen sich zur Abnahme bereit erklären und ihm ein Fehn- oder Zwanzigpfennigstück hinlegen, so fragt er, ob sie nicht ein Fehn- oder Zwanzigmarkstück besäßen, er habe viel kleines Geld und möchte es gegen das Geldstück umwechseln. Wird ihm ein Goldstück gegeben, so stellt der Schwindler sich so, als wenn er kleines Geld zählt und ruft dann nach dem Hausflur gegendet zu: „Du, komm' und gib mir doch etwas kleines Geld, ich habe nicht so viel.“ Eine zweite Person läßt sich nicht blicken, und der Betrüger verschwindet scheinunglos mit Annahme des Goldstückes, angeblich um das Kleingeld zu holen.

Verbandzug in die Schulen! Der 13jährige Sohn des Klempners Döbler, Adalbertstr. 92, schwang sich jüngst während der Schulpause in Stüh zwischen zwei Bänken, erhielt dabei von einem anderen Knaben einen Stoß und stürzte, mit dem Kopf auf die Schulbank aufschlagend, hin; mit einer stark blutenden Kopfwunde blieb er liegen. Es wurde ein Lehrer herbeigeholt, welcher den schwer verletzten Knaben statt zum Arzt oder nach der nahen Sanitätswache einfach nach Hause schickte; die Schule befindet sich in der Naunynstraße. Auf dem Wege kam dem Verletzten zufällig die Mutter entgegen, welche mit ihm zum Arzt eilte; die Wunde war schon vom Frost befallen. Dieser Fall, der im Schulleben nicht vereinzelt dasteht, beweist wieder, wie nöthig es ist, daß man die Schulen mit Verbandzug versorgt.

Von Hundem verlegt. Mehrere Kinder spielten vorgestern Abend in der sechsten Stunde in der Saarbrückerstraße, als plötzlich zwei von Hundefängern verfolgte große Köter unter sie stürzten. Zwei kleine Mädchen wurden von den wüthenden Thieren durch Bisse in schwerer Weise verlegt.

Leichenfund. Bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurde vorgestern Abend die Leiche eines Mannes gegenüber der Börse aus dem Wasser gezogen: das einzige Merkmal zur Ermittlung der Person ist ein kleiner rother Schnurrbart.

Der Spielmann Bähr vom Franz-Regiment, der bei der Bligatatskrope auf dem Tempelhofer Felde schwer verletzt wurde, und nach seiner Herstellung in die Heimath entlassen war, hat neuerdings wieder auf Kosten des Regiments in ein Bad geschickt werden müssen, da sich noch Nachwirkungen jener bedauerlichen Katastrophe herausgestellt haben.

Aus Reindendorf wird uns geschrieben: Der vor längerer Zeit ausgehobene Militärhoykott ist auf Grund einer Volksversammlung, die am 25. Januar 1892 im Zentral-Schützenhaus bei Ph. Leichter, weltlicher Bezirk für Reindendorf, mit folgender Tagesordnung tagte: „Wie stellen sich die Arbeiter Reindendorfs zu den Gemeindevahlen“, wieder erneuert worden.

Herr Handelsmann Robert Krause, Höchststraße 20, erucht und um die Mittheilung, daß er mit dem in unserer Nummer 33 erwähnten Handelsmann gleichen Namens nicht identisch ist.

Polizeibericht. Am 16. d. M. Nachmittags stürzte der Maschinist Neumann im Kesselhause der Telegraphen-Van-Anstalt von Biedermann u. Jarinlow, Kreuzbergstr. 7, durch eine offene Fallthür in den etwa vier Meter tiefen Kohlenkeller hinab und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er bald darauf verstarb. — Am 17. d. M. Morgens wurde ein achtjähriger Knabe vor dem Hause Reichsbergerstraße 35 von einem Bierwagen überfahren und am Fuß so bedeutend verletzt, daß seine Lebensdauer nach dem Krankenhaus Verbleiben erforderlich wurde. — In der Soree, gegenüber der Börse, wurde Vormittags die Leiche eines Unbekannten, etwa 35 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Im Früh des Hauses Gläckerstr. 30 fiel Nachmittags ein Arbeiter plötzlich zu Boden, verlor sich dabei schwer am Hinterkopf und verstarb an der Stelle. — Als zu derselben Zeit der Küstler Schrad vor dem Hause Dreienburgerstr. 33 lange Eisenketten ablad, wurde das hintere Ende einer Stange, die er auf der Schulter trug, von einer vorüberfahrenden Droschke gestreift und der Küstler mit derselben niedergestoßen. Hierbei durchstieß die Stange die Wand der Droschke und verletzte eine darin sitzende Schauspielerin schwer an der Schädel, so daß sie nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — In einem Hotel wurde Nachmittags ein Kaufmann erdrosselt vorgefunden. — Aus Jandz vor Straße Sprang Abends ein 14jähriger Knabe nahe der Kottbusferbrücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — In derselben Zeit wurde in der Wohnung einer unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Frauensperson, in der Johanniterstraße, ein unbekannter, etwa 40jähriger Mann erhängt vorgefunden. — Am 17. d. M. und in der darauf folgenden Nacht fanden fünf kleinere Brände statt.

Verammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Wahlkreis hielt am Dienstag Abend eine außerordentliche Generalversammlung ab, die der Vorsitzende mit einem Hinweis auf das Glückwünschen der Frau des Genossen Peus eröffnete. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Entschlafenen von len Eigen. Darauf hielt Herr Glöcke einen Vortrag über: „Entstehung und Entwicklung des Privatenthums“, in welchem er nach Vogans' Forschungen die Entwicklung und Aufeinanderfolge der verschiedenen Familienformen und die zwischen ihnen und den Eigentumsverhältnissen bestehenden Wechselbeziehungen schilderte. Bei der letzten Eigentumsform, dem Privatkapitalismus, zeigte Redner, wie derselbe mehr und mehr zur Proletarisierung der Massen und zur Scheidung des Volkes in zwei Klassen mit

vollständig entgegengesetzten Interessen führt, wie aber die Gabe wicklung selbst, welche das Kapital nimmt, schon auf die Nothwendigkeit der sozialistischen Eigentumsform und auf die Aufhebung des Privateigentums hindrängt. Zur Diskussion nahm nun ein Genosse das Wort, welcher ausführte, wie nöthig es ist, dahin zu wirken, daß wir unser Ziel, den Sozialismus, möglichst bald erreichen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, endgültige Beschlußfassung über die Frage der Theilung des Wahlvereins, führte Genosse Staber nach aus, daß bei einer Theilung des Wahlvereins eine gemeinsame Aktion der beiden Vereine nach dem Gesetze nicht möglich sei. Es komme darauf an, imposante Versammlungen zu erzielen; bisher hätten sich die Säle, in welchen die Versammlungen stattfanden, nicht als zu klein erwiesen. Platorow bemerkte, der Antrag auf Theilung des Vereins sei gestellt, um besseren Besuch der Versammlungen zu erzielen. Sollte sich dies aber auf andere Weise ermöglichen lassen, so würde der Antrag zurückgezogen werden. Strikowski meinte u. A., wenn ein Verein für den Osten und einer für den Südosten bestiehe, würde vielmehr als bisher agitirt werden. Ein inzwischen eingelaufener Antrag forderte, daß alle acht Tage, und zwar abwechselnd im Osten und im Südosten, Versammlungen abgehalten werden sollen. Staber betonte, daß es nicht, wie ein Vorredner angedeutet hatte, darauf ankomme, ob der Vorstand fähig ist, für allwöchentliche Versammlungen und Vorstandssitzungen zu sorgen, sondern darauf, ob denn die große Mehrzahl der Genossen im Stande ist, so viel Versammlungen neben den gewerkschaftlichen zu besuchen, zumal in der gegenwärtigen geschäftlichen Zeit. Zu Lokalen könnten ja bisweilen weiter entfernte, z. B. solche in der Landsberger Allee, genommen werden. Der Antrag auf Theilung des Vereins wurde schließlich zurückgezogen und der Antrag, allwöchentliche Sitzungen abzuhalten, fast einstimmig abgelehnt. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung gab Petrik zu erwägen, ob es sich zur Hebung der Versammlungen und des Vereins nicht empfehlen würde, jedesmal Zettel — es müßten ca. 6000 sein — drucken und durch Arbeitslose gegen Entschädigung verteilen zu lassen. Die Kosten würden sich jedesmal auf 32 auf 34 M. stellen. Ein anderer Genosse schlug statt der Zettel Flugblätter vor. Wenigels sprach sich, namentlich mit Rücksicht auf die Kosten, dagegen aus und Meier schlägt vor, sich lieber des Säulenanschlags zu bedienen. Glöcke machte den Vorschlag, innerhalb des Wahlkreises für die verschiedenen Bezirke Vertrauensmänner zu ernennen, welche die Agitation organisiren und leicht betreiben können. Die Versammlung erklärte sich für den Vorschlag der Zettelvertheilung. Zum Schluß forderte Wenigels zum fleißigen Abonnement auf die „Volkstribüne“ auf.

In Rixdorf fand vor Kurzem eine Vollversammlung im Lokal des Herrn Niesel statt, in welcher Genosse Theodor Mehnert einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die neue Landgemeinde-Ordnung hielt. Der Redner erklärte, daß er persönlich für selbständige Beteiligungen der Arbeiter an jeder Wahl sei, da die Wahl stets auch agitatorisch wirke; den Rixdorfer Genossen könne er aber die Wahlbeteiligung nicht direkt empfehlen, da er über die örtlichen Verhältnisse Rixdorfs nicht genügend orientirt sei und deshalb die dortigen Genossen besser entscheiden könnten, ob die Wahlbeteiligung für sie von Nutzen sei oder nicht. In der recht regen Diskussion waren die meisten Redner für die Beteiligungen. Ganz energisch aber protestirten dagegen Genosse Krüger und ein Unabhängiger; ersterer besonders aus dem Grunde, weil gerade bei dieser Wahl kein gleiches Recht für Alle gewährt sei, und die zwei Mann, welche wir schließlich in die Gemeindevertretung entsenden könnten, uns auch nichts nützen würden. Die Versammlung erklärte sich jedoch mit den Ausführungen des Referenten einverstanden unter Bezugnahme darauf, daß in den Landgemeinde-Verwaltungen Zustände existirten, welche vom menschlichen Standpunkte aus als unmöglich zu bezeichnen sind, und es daher unsere erste Pflicht sei, diese zu beseitigen resp. sie dem Volke vor Augen zu führen, um dadurch immermehr Stimmen für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Es wurde eine Kommission von 5 Mann gewählt, welche die weiteren Schritte betreffs der Wahl vorzunehmen hat. Der Referent erklärte noch im Schlußwort, daß wir gleiches Recht für Alle überhaupt nicht einmal auf dem Papier besäßen, auch nicht bei der Reichstags-Wahl, schon aus dem Grunde nicht, weil bei letzterer Wahl die Frauen ausgeschlossen sind. Ferner gäbe es im Landtag pro Tag 15 M. Diäten und im Reichstag keine. Trotzdem müßten wir für jede Wahl eintreten, auch wenn wir noch so wenig Abgeordnete durchbringen können; gerade bei den Wahlen würde das Volk sich seiner elenden Lage am besten bewußt, deshalb sei die Wahl das beste Agitationsmittel. Den Unabhängigen erklärte Genosse Redner, daß diese Herren, welche sich noch so gern als „Genossen“ aufspielen, dadurch, daß sie in Rixdorf die Wahl ins Lächerliche ziehen wollen und ihre Stoffen darüber folportieren, sich selbst kennzeichnen und rüchen. Wenn der Arbeiter in seinem Emanzipationskampfe sich immer nur nach dem Wonn und Aber richten wollte, würde er noch heute im Schlepptau der Bourgeoisie liegen und nicht eine soch gewaltige Partei darstellen wie jetzt. Ohne Kampf und Arbeit gäbe es natürlich keinen Sieg. Wenn wir die Hände in den Schoos legten, könnten wir nie zum Ziele gelangen, drum wollten und dürfen wir keine Chance unbenutzt lassen. — Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Genossen auf, immer mehr für unsere Prinzipien zu agitieren. Die Versammlung ging mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten kürzlich bei Seefeld eine öffentliche Versammlung ab, in welcher zunächst der Vorsitzende vom Tode der Frau Peus Mittheilung machte, woraus das Andenken der Tathilgeschiedenen durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Es folgte ein Vortrag des Herrn Henning über die Einfluss, welchen die Versammlung mit lebhaftem Interesse und lautem Beifall aufnahm. In der Diskussion brachte Kollege Regge zur Sprache, daß noch 40—50 Weisgerber ohne Arbeit sind; man solle sein Möglichstes zur Unterstützung derselben thun, indem man nach Kräften in die noch anstehenden Listen Beiträge zeichne. Kollege Thomsen wünschte, daß in späteren Versammlungen die Diskussion etwas länger währe und ersuchte die Kürschnermamsells sich reger an den Versammlungen zu beteiligen, da gerade sie der Aufklärung noch sehr bedürfen, um nach dem großen Ziele der Menschheit erfolgreich streben zu können. Alsdann beschloß die Versammlung einstimmig, dem Genossen Peus eine Beileidsadresse zu übersenden; dieselbe hatte folgenden Wortlaut: „Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bedauern sehr den Tod Ihrer vor Gram dahingefahrenen Frau; die Versammlung spricht Ihnen hiermit ihr tiefstes Beileid aus.“ Hierauf folgte ein gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Im Fachverein der Gasanstalts-Arbeiter und der zugehörigen Werks und Umgegend hielt neulich Herr Wilhelm Schwarz unter lebhaftem Beifall einen Vortrag über das Thema: „Von der Wiege bis zum Grabe des Proletariats.“ Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Sodann wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: Schwarz, 1. Vorsitzender; Hänsler, 2. Vorsitzender; Ginter, 1. Schriftführer; Kasad, 2. Schriftführer; Quarg, 1. Kassirer; Müller, 2. Kassirer; zu Beisitzern wurden die Kollegen Schiener, Mierke und Reinhardt gewählt, zu Revisoren Gantschow, Glawer und Schwarz. Dem Verein traten mehrere Kollegen bei. Unter Verschiedenem wurden die in den Gasanstalten herrschenden Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung der Gasanstalts-Arbeiter ging man auseinander.